Die Reaktion in der englischen Handelspolitik.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

hohen philosophischen Fakultät

der

Friedrich-Alexanders-Universität Erlangen

vorgelegt

von

ACAD. LUGD. BAT. BIBL.

Oskar Alexander
aus Berlin.

Tag der mündlichen Prüfung: 19. Januar 1909.

Berlin 1909
Druck von Emil Ebering
Mittelstrasse 29.

Meiner lieben Mutter.

Inhaltsübersicht.

1. Die Freihandelspolitik Englands und die Ursachen der modernen Schutzzollbewegung.
2. Das nationale Moment (Militarismus und Finanzpolitik).
3. Die internationale Wirtschaftslage und Krisis.
4. Ursachen und Folgen der englischen Schutzzollbewegung, wie sie sich in den haupsächlichsten Industrien abspiegeln.
5. Schutz der nationalen Arbeit.
6. Oekonomischer und politischer Liberalismus. Chamberlain. Balfour.
7. Kritik der englischen Schutzzollbewegung und ihr Einfluss auf den Weltmarkt und die Handelspolitik der wichtigsten europäischen Staaten.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41542704_0122

Literaturverzeichnis.

R. van der Borght, Handel und Handelspolitik. Leipzig 1900.

Dr. Joseph Grunzel, Der internationale Wirtschaftsverkehr und seine Bilanz. Leipzig 1902.

Dr. C. J. Fuchs, Die Handelspolitik Englands und seiner Kolonien. Leipzig 1893.

Schmoller, Die englische Handelspolitik des 17. und 18. Jahrhunderts. 1899.

— Die Wandlungen der europäischen Handelspolitik im 19. Jahrhundert. 1900.

List, Das nationale System der politischen Oekonomie. Herausgeg. von v. Eheberg 1883.

B. Rost, Ueber das Wesen und die Ursachen unserer Wirtschafts krisis. 1905.

Georg Evert, Fünf Hauptargumente der Freihandelslehre. 1905.

Otto Karmin, Zur Lehre von den Wirtschaftskrisen. 1905.

Faber, Entstehung des Agrarschutzes in England.

F. Stöpel, Freihandel und Schutzzoll. 1887.

Schwab, Chamberlains Handelspolitik.

R. Schüller, Schutzzoll und Freihandel.

Schalk, Der Wettkampf der Völker.

Vosberg-Rekow, Nach dem Tarifkampf. 1903.

Bastable, The Theory of international Trade. 1900.

Dilke, Problems of Greater Britain. 1870.

A. L. Bowley, National Progress in Wealth and Trade. 1904.

W. Cunningham, The Rise and Decline of free Trade Movement. 1904.

W. Smart, The Return to Protection. 1904.

Guyot, La comédie protectioniste.

irHst, Free trade. 1903.

Massingham, Labour and Protection. 1903.
Dawson, Protection in Germany.
Low, Protection in the United States.
Ashley, The Tariff Problem. 1903.
Balfour, Economic notes on usular free trade 1903.
Chiozza, British Trade. 1903.
F. Oppenheimer, Englischer Imperialismus. Wien 1905.

I.

Die Freihandelspolitik Englands und die Ursachen der modernen Schutzzollbewegung.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Handelspolitik die Interessen des Landes in wirtschaftlicher Beziehung dem Ausland gegenüber wahrzunehmen und zu schützen. Diese Interessen sind nicht bei allen Staaten die gleichen, sondern richten sich in der Hauptsache nach der Lage des betreffenden Staates, nach seinem Klima, nach der Leistungsfähigkeit seines Bodens, nach dem Vorhandensein und der Ergiebigkeit nutzbarer Mineralien, sowie vielen anderen Umständen. Für den einen ist eine kräftige Entwicklung von Handel und Industrie von unermesslichem Vorteil, für den anderen tritt mehr die sorgfältige Pflege und Beschützung der Viehzucht und des Ackerbaues in den Vordergrund. Wie die Praxis aller unserer modernen Staatengebilde zu beweisen scheint, ist diese Entwicklung schneller und leichter zu erreichen, wenn man die betreffenden Erwerbszweige in vernünftiger Weise durch eine planvolle Anwendung des Schutzzollsystems stützt und fördert. Freilich erfordert die Einführung und Anwendung dieses Systems ein sehr verständnisvolles und unparteiisches Eingreifen der Staatsgewalt in das wirtschaftliche Leben. Es muss sorgfältig untersucht und festgestellt werden, welche Zweige der Industrie oder der Landwirtschaft des Schutzes bedürfen, welcher Schutz, welche Zölle, welche Steuervergünstigungen und Prämien den einzelnen Zweigen zu gewähren sind. Ein falsch angewandter oder falsch bemessener Schutz kann sehr grossen Schaden

anrichten und so kann statt des gewünschten Zieles das Umgekehrte erreicht werden.

Die Auffassung der Freihändler, dass man dem internationalen Güteraustausch den freiesten Spielraum verschaffen müsse, wäre richtig, wenn nicht eine grosse Anzahl von Staaten gezwungen wäre miteinander in denselben Waren und Erzeugnissen zu konkurrieren. Diese Konkurrenz macht sich zwar in Zeiten der Hochkonjunktur des Weltmarktes wenig bemerkbar, so dass dann die Freihandelspartei in allen Ländern stets einen grossen Anhängerkreis findet; sie tritt aber sehr stark zu Tage in Zeiten wirtschaftlicher Depression und dann macht sofort das Verlangen nach erhöhtem Schutz sich geltend. Diesem Verlangen hat die Gesetzgebung fast aller grossen Kulturstaaten wie Deutschlands, Frankreichs, der nordamerikanischen Union und anderer in sehr grossem Umfang Rechnung getragen.

Nur in England hat seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts die Partei, die den prinzipiellen Freihandel als die richtigste Handelspolitik verteidigte, die Herrschaft erlangt und bis heute festzuhalten gewusst, ohne dass ihre Gegner in ihrer Bekämpfung irgendetwas erreichten. Was die Freihändler für England zu erlangen trachteten, und wie sich die Bewegung dort entwickelte, wollen wir hier kurz betrachten.

Bis in die erste Hälfte des vorigen Jahrhunderts war die Handelspolitik Englands eine stark schutzzöllnerische. Der Uebergang zum Freihandel vollzog sich in den Jahren 1822 bis 1860 bezw. 1870 als das Produkt der zur wirtschaftlichen Vorherrschaft sich durcharbeitenden Grossindustrie. Man kann dabei fünf Entwicklungsstufen verfolgen, und zwar als erste die Zollreformen von Canning und Huskisson in in den Jahren 1822—1826, die eine systematische Vereinfachung und Herabsetzung des Tarifs brachten zur Erleichterung des Verkehrs und zur Verbesserung der Lage der unteren Klassen durch Verbilligung der allgemeinen Konsum-

gegenstände. Daneben blieben noch Schutzzölle von 50 bis 80 % auf die wichtigsten Fabrikate, sowie etliche Ein- und Ausfuhrverbote bestehen. Die zweite Herabsetzung der Schutzzölle um 40—50 % erfolgte 1832. Die Ausfuhrverbote wurden auf wenig Halbfabrikate und Rohprodukte beschränkt, die Einfuhrverbote in Einfuhrzölle umgewandelt. Im Beginn der Regierung der Königin Viktoria erfolgte, infolge von Defiziten im Reichshaushalt, vorübergehend eine Reaktion gegen die Zollermässigungen und eine Erhöhung der Getreidezölle im Interesse des Grossgrundbesitzes. Doch schon in den Jahren 1842, 1845/46 und 1849 folgten die grossen Peelschen Tarifreformen, ausgehend von den seit dieser Zeit in England herrschenden Grundsätzen der auf spezifisch englische Verhältnisse und die Bedürfnisse der Grossindustrie berechneten Freihandelstheorie der sogenannten Manchesterschule. Nur aus Bedenken finanzpolitischer Natur behielt man noch einige Zölle bei, denn Finanzzölle waren bei der in England herrschenden Abneigung gegen direkte Besteuerung notwendig. Zu diesen gehörten die Ausgleichszölle für Waren, die im Innern einer Steuer unterworfen waren, und die sogenannten Massenluxuszölle von Kaffee, Tee, Zucker und Tabak. Einige der alten Schutzzölle behielt man noch bei, um den Uebergang vieler Arbeitskräfte von den landwirtschaftlichen zu den industriellen Gewerben zu erleichtern. Dann war man sich auch bewusst, dass man für den Ausfall der Erträge aus den Schutzzöllen dem Reichshaushalt erst neue Einnahmequellen eröffnen müsste. Später wollte man auch diese Zölle noch beseitigen. So ging man auf dem einmal eingeschlagenen Weg langsam vorwärts. In den Tarifreformen 1845/46 und 1849 bestand ausser den genannten Finanzzöllen nur noch ein mässiger Zoll auf Getreide, die sogenannte statistische Abgabe. Ein grosser Teil der noch beibehaltenen industriellen Schutzzölle wurde dann durch die vierte Zollreform unter Gladstone aufgehoben, wodurch Rohprodukte und Halbfabrikate

ganz zollfrei wurden, Fabrikate höchstens Zölle in Höhe von 10 % trugen. Die fünfte und letzte grosse Zollreform stand im Zusammenhang mit dem englisch-französischen Handelsvertrag Ende der sechziger Jahre. Von den Zöllen blieben erhalten die statistische Abgabe auf Getreide, der noch immer ziemlich bedeutende Weinzoll, der Hopfen- und Bauholzzoll und die vier Finanzluxuszölle auf Zucker, Tabak, Tee und Kaffee, sowie als Ausgleichszölle der Brantweinzoll und ein erhöhter Zoll auf raffinierten Zucker. Doch brachte England durch diese Zölle einen grösseren Teil seiner Staatseinnahmen auf als die meisten schutzzöllnerischen Staaten, nämlich gut ein Viertel. Dieser Handelsvertrag, in dem die Meistbegünstigungsklausel vorgesehen war, so dass England an den Vorteilen des Auslandes teilnahm, ohne dass es sich dafür Tarifänderungen brauchte diktieren zu lassen, lief, von Frankreich mitunter gekündigt, wenn dort gerade die schutzzöllnerische Partei am Ruder war, aber niemals definitiv aufgehoben, bis zum 15. Mai 1882, wo ein neuer Vertrag zustande kam. Dass derselbe gegen die Stimmen der ultraradikalen Freihändler und der grossgrundbesitzenden Schutzzöllner angenommen wurde, ist das Verdienst Cobdens, dem es auch später noch öfter gelang eine parlamentarische Mehrheit zusammenzubringen, um Handelsverträge abzuschliessen. Was den Vertrag von 1882 anlangt, so brachten hier die Verhandlungen über den Zolltarif zwischen England und Frankreich, die vor dem Abschluss dieses Vertrages gepflogen waren, keine Einigung. Es kam nur in bezug auf die übrigen Verkehrsfragen, besonders die Schiffahrt betreffend, zu einem Meistbegünstigungsvertrag, nachdem Frankreich ganz autonom auch zollpolitisch England Meistbegünstigung gewährt hatte. Frankreich ist also dadurch England gegenüber in den Zolltarifbestimmungen in keiner Weise gebunden.

Dass Cobden gegen die ultraradikalen Freihändler zu kämpfen hatte, um den Abschluss von Handelsverträgen durchzusetzen, werden wir sofort verstehen, wenn wir uns

die Ideen und Gedankengänge der englischen Freihändler klar machen.

Die Freihandelstheoretiker scheiden sich nämlich nach ihren Bestrebungen in zwei Flügel. Gemeinsam ist beiden, dass sie mit dem Grundsatz nationaler, wirtschaftlicher Universalität brechen und dafür den Grundsatz internationaler, kosmopolitischer Arbeitsteilung setzen. Sie gehen von dem Grundsatz strenger Teilung zwischen Industrie- und Landwirtschaftsstaaten aus, wobei England der einzige Industriestaat sein soll, während alle anderen Staaten Ackerbaustaaten bleiben sollen. Diesen Zustand glaubte man durch Beseitigung aller Schutzzölle und Autonomie des Zolltarifs erreichen zu können. So weit waren beide Richtungen einer Meinung, nur die Frage, wie die Autonomie des Zolltarifs durchzuführen sei, wollten sie in verschiedener Weise lösen. Der eine Teil sagte, England dürfe kein Verlangen haben, mit andern Staaten Zolltarifverträge abzuschliessen, damit diese nicht glaubten, England seien etwa bestehende Schutzzölle unangenehm, und dann an diesen festhielten. Vielmehr müsse England durch sein Verhalten beweisen, dass diese Zölle ihm bei seinem Absatz nicht hinderlich seien, da sie ja von den Konsumenten der betreffenden Länder getragen würden und somit dort den unteren Volksklassen den Lebensunterhalt verteuerten. Man müsse nur zu vermeiden suchen, dass England gegenüber höhere Differenzialzölle erhoben würden, da diese der grossen Schikanen wegen den Handel sehr beeinflussten. Dies aber würde man erreichen, wenn man den anderen Ländern jeden Grund zu gereizter Stimmung nehme. England könne darum ganz einseitig sein Freihandelssystem durchführen, auf jeden Zollvertrag verzichten und nur einen allgemein gültigen Zolltarif aufstellen. Der rechte Flügel der Freihändler dagegen betonte mit Recht, dass nur eine Verallgemeinerung des Freihandels für England von Vorteil sein könne, während Schutzzölle nicht nur die anderen Staaten selbst, sondern auch

England schädigen würden. Denn eine mangelhafte Konkurrenz würde den ganzen davon betroffenen Industriezweig im internationalen Handel schädigen, dann aber würden die anderen Länder durch die Herabsetzung ihres standard of life an Kaufkraft einbüssen. Eine Vereinfachung des Zolltarifs müsse daher dadurch erreicht werden, dass man den anderen Staaten für die Artikel, die sie nach England schickten, Zolltarifherabsetzungen gewährte und diese dann autonom für den ganzen Zolltarif gelten lasse. Man erhalte sich dadurch die Möglichkeit Handelsverträge abzuschliessen und vereinfache trotzdem den Zolltarif. Aus Opportunitätsgründen war dieser Flügel, als dessen Führer Cobden anzusehen ist, sogar bereit, Differenzialzölle zuzulassen. Die Ansicht, dass der Freihandel England zum Industriestaat der ganzen Welt machen werde, verwirklichte sich natürlich nicht. Ebensowenig gelang es England vermöge seines Freihandels, die andern Staaten am Uebergang zu Industriestaaten zu hindern.

Da man einsah, dass die Freihändler dies Ziel, welches sie sich gesteckt, mit ihrer Politik nie erreichen würden, begannen seit den 60er Jahren sich in England Bestrebungen geltend zu machen, welche die Schutzzollpolitik wieder einführen und ihr wieder zur Anerkennung verhelfen wollten. Die in dieser Zeit sich zu regen beginnenden Gegner der Freihandelspolitik weisen darauf hin, dass die bisherige Politik schuld daran sei, dass andere Staaten, wie Amerika und Deutschland, England in wirtschaftlicher Beziehung zu überflügeln drohen und dass im Zusammenhang damit auch Englands politische Machtstellung unter den zivilisierten Völkern der Erde Einbusse erleide. Eine politische Selbständigkeit und Bedeutung sei nur denkbar und haltbar, wenn der Staat sich auf feste wirtschaftliche Fundamente stützen könne. Dies gehe aus dem Geschick und der Geschichte der Staaten und Völker zu allen Zeiten aufs Deutlichste hervor. Es sei daher für jeden Staat, auch für England, unumgänglich not-

wendig, eine solche sichere wirtschaftliche Grundlage zu erstreben bezw. sich zu erhalten. Das Erstarken des Nationalgefühls, das Streben nach nationaler Entwicklung und Selbstständigkeit weisen auf eben dieses Ziel hin. Freilich muss sich die Handelspolitik, die nur den wirtschaftlichen Interessen des Landes dient, der auswärtigen Politik des Staates, die dem Gesamtinteresse dient, erforderlichen Falls unterordnen. Doch stellt ein Staat, der heute eine handelspolitische Macht ist und in dieser Beziehung einen Platz unter den Mächten einnimmt, infolge der vielfachen Beziehungen zu den andern Staaten auch eine politische Macht dar, so dass besonders in unseren Tagen sich der Begriff von politischer und wirtschaftlicher Macht deckt. Die wirtschaftlich stärksten Staaten nehmen unter den Völkern der Erde die ersten Plätze ein und ihre Ansicht, sowie ihre Haltung in internationalen Streitigkeiten sind oft für die Beilegung dieser massgebend. Man kann wohl sagen, dass die grössten Staaten immer mehr danach streben, ihre politischen Machtzwecke hintanzusetzen, und dass in Zukunft Streitigkeiten zwischen den einzelnen weniger auf dem Schlachtfeld werden ausgefochten werden, als auf wirtschaftlichem Gebiet. Es wird dadurch unnützes Blutvergiessen vermieden und trotzdem der Gegner, der wirtschaftlich geschwächt wird, auch politisch in den Hintergrund gedrängt werden. Zur Sicherung der handelspolitischen Machtstellung, zur Entwicklung des Handels und der Industrie, des Handelsverkehrs mit den anderen Staaten tragen geschickte, für das Heimatland günstige Verträge viel bei. Diese sollen im Interesse des Heimatlandes geschlossen werden, die Arbeitskraft und damit den Reichtum des Landes heben und im Anschluss daran dessen Macht und Einfluss vergrössern. Prinzipielle Freihandelspolitiker halten freilich, wie wir gesehen haben, Handelsverträge nicht für notwendig. Sie wollen ihre Erzeugnisse da verkaufen und ihre Bedürfnisse dort decken, wo ihnen die Kaufs- resp. Verkaufsbedingungen jeweils am

günstigsten erscheinen. Die Schutzzöllner dagegen schützen ihre Industrien gegen die Konkurrenz des Auslandes durch Zölle und sichern sich mit Hilfe der Handelsverträge Absatzgebiete, in denen sie konkurrenzfähig zu bleiben hoffen können.

Während man über die Aussichten eines vollkommenen Freihandels nur aus der Theorie urteilen kann, hat die Praxis ergeben, dass sich einseitiger Freihandel, wie ihn England treibt, nicht bewährt und dem betreffenden Staat schadet, den anderen aber Vorteile verschafft. Denn England steht allen andern Staaten als Absatzgebiet offen, es ist der Abladeplatz der überschüssigen Produktion der anderen, ohne dass es sich selbst durch Verträge Absatzgebiete sichern kann. Während es nämlich sein Gebiet nicht durch Schutzzölle abschliessen will, erschweren die andern Staaten England die Einfuhr in ihr Gebiet, ohne dass letzteres mit Hilfe von Schutzzöllen Gegenmassregeln ergreifen und die Konkurrenten zu Zugeständnissen in bezug auf die Höhe der Zölle auf englische Waren veranlassen kann. England hat infolge dieser Politik Industrien aufgeben müssen, welche es mit Hilfe von Schutzzöllen sehr wohl hätte betreiben können. Da es dieses Hilfsmittels entraten muss, konnte es jedoch mit den in den anderen Ländern geschützten Industrien nicht konkurrieren und musste sie infolge von Mangel an Absatz im Inlande selbst aufgeben. Es konnte aber ferner auch seit der Zeit, da es sich dem prinzipiellen Freihandel zugewandt hatte, besonders aber seitdem auch seine heute bedeutendsten Konkurrenten auf dem Weltmarkt, die nordamerikanische Union und das deutsche Reich, Industriestaaten wurden, d. h. seit dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts keine neuen Industrien mehr bei sich heimisch machen, selbst dann nicht, wenn im übrigen die nötigen Vorbedingungen der Lebensfähigkeit gegeben waren, weil es nicht durch Schutzzölle ihnen über die grossen Schwierigkeiten des Anfangs hinweghelfen konnte. Dadurch nahm

das englische Erwerbsleben den Charakter einer sehr grossen Einseitigkeit an. Handel, Schiffahrt, Bergbau, Eisen- und Textilindustrie und Schiffsbau sind heute Englands fast einzige Erwerbszweige. Arbeitskräfte, die es in diesen Erwerbszweigen nicht beschäftigen kann, muss es fast ganz brach liegen lassen oder ins Ausland abschieben.

Der Gedanke, sich vom Freihandel ab und dem Schutzzoll wieder zuzuwenden, wäre in England sicher schon früher und energischer aufgetaucht, wenn es nicht in seiner wirtschaftlichen Entwicklung, besonders da seine insulare Lage es davor bewahrte in die politischen Händel der europäischen Kontinentalstaaten hineingezogen zu werden, vor den übrigen Staaten einen grossen Vorsprung gehabt hätte und jahrzehntelang diesen grossen Vorsprung auch zu einer enormen Stärkung seiner Kapitalskraft hätte ausnutzen können. In einer Zeit, wo Deutschland und Frankreich in fortlaufende Kriege und Streitigkeiten im Innern und nach aussen verwickelt waren, entfaltete England mit Hilfe einer ausgedehnten Schutzzollpolitik seinen Handel und seine Industrien und machte sich die neuen Erfindungen und Verbesserungen auf dem Gebiete des Verkehrswesens, der Kanäle und Eisenbahnen und der Maschinen und Arbeitsmethoden für die Industrie zunutze. So erlangte es einen solchen Vorsprung vor den anderen Staaten, dass es lange Jahre Freihandel treiben konnte, ohne die Konkurrenz der anderen Staaten, die erst viel später dieselbe Entwicklung durchmachen mussten, fürchten zu müssen.

Ausser diesen äusseren Umständen, die zugunsten Englands wirkten, muss man den Engländern einen ausserordentlich praktischen Blick, die feste Erfassung eines einmal gesteckten Zieles und hervorragende kaufmännische Fähigkeiten zugestehen, die freilich oft in Skrupellosigkeit und ungewöhnlichen Egoismus übergehen. Ihr festes zielbewusstes Vorgehen bewiesen sie besonders in der richtigen Erfassung der Bedeutung ihrer Flotte und in der zielbewussten Förderung

derselben. So steht noch heute die Flotte Englands in einem die anderen weit überragendem Masse an der Spitze aller Flotten und bringt England durch die von ihm ausgeführten Transporte eine grosse Summe Geldes ins Land, die ihrer Höhe nach nicht nur den überseeischen Wirtschaftsinteressen Englands entspricht, sondern diese noch ganz erheblich übersteigt. Seitdem aber die politischen Eifersüchteleien der europäischen Kontinentalstaaten in den Hintergrund getreten sind und diese zugleich unter dem Schutz einer verständigen Handelspolitik auch auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens sehr erstarkt sind, ist der von England in früheren Jahrzehnten erlangte Vorsprung ein immer geringerer geworden und besonders Deutschland, und von aussereuropäischen Staaten die nordamerikanische Union, sind ihm immer näher gerückt, so dass das wesentlichste Moment, das England einst den Uebergang zum Freihandel gestattete, heute für das Land sehr stark im Schwinden begriffen ist.

II.

Das nationale Moment (Militarismus und Finanzpolitik).

Ganz besonders wichtig ist die Frage der Schutzzollpolitik für die Frage der Volksernährung. Es handelt sich hier darum, ob für die Beschaffung einer möglichst kräftigen, reichlichen und billigen Volksernährung sich die Freihandels- oder die Schutzzollpolitik mehr empfehle, ob es vorteilhafter sei, selbst auf die Gefahr hin, während einer längeren Periode die Lebensmittel bedeutend teurer kaufen zu müssen als auf dem Weltmarkt, die Gewinnung der hauptsächlichsten Volksnahrungsmittel dem Inlande zu erhalten, oder ob es sich mehr empfehle für reichliche und billige Volksernährung auf jeden Fall zu sorgen, selbst auf die Gefahr hin, dadurch die Gewinnung der wichtigsten Volksnahrungsmittel im Inlande verkümmern zu lassen und dadurch in Abhängigkeit vom Ausland zu geraten. Die Freihandelspolitik entscheidet sich hier für das letztere. Zur Erhaltung des Staates gehöre, so führt sie aus, eine kräftige, gut genährte, arbeitsfreudige und zufriedene Bevölkerung, für die billige Nahrungsmittel um jeden Preis, auch um den Preis des Ruins der einheimischen Landwirtschaft zu beschaffen sind.

Aus diesem Grunde glaubte England die Getreideeinfuhr ganz freigeben zu sollen, um der arbeitenden Bevölkerung ein möglichst billiges Brot zu sichern. Vor der Hand mag diese Politik noch richtig sein. Wie aber dann, wenn etwa nach fünfzig Jahren, wie viele Nationalökonomen glauben, kein Staat mehr das Getreide durch Raubbau er-

zeugen kann, weil aller jungfräuliche, zum Getreidebau sich eignende Boden dann wohl erschöpft sein wird, so dass dann auf der ganzen Erde nur ein rationeller Getreidebau mit Ersetzung der dem Boden entnommenen Kräfte möglich sein wird, wie ferner dann, wenn wohl ebenfalls in ungefähr 50 Jahren die heute als Getreide exportierende Staaten hauptsächlich zu nennenden, die nordamerikanische Union, Argentinien und Russland, eine Volksdichtigkeit erreicht haben werden, dass sie den grössten Teil ihres Getreides selbst verzehren und andere bedeutende Exportgebiete nicht mehr an ihre Stelle treten können, wie ferner dann, wenn bei der wachsenden Spannung in dem wirtschaftlichen Wettbewerb um den Weltmarkt England doch einmal in einen grossen, auch seine Grenzen berührenden Krieg verwickelt werden sollte? Wo versorgt es sich dann mit Getreide, nachdem es dahin gekommen ist, dass es zu 75—80 % seines Verbrauchs schon jetzt vom Ausland abhängig ist? Wird es die Weiden und Wiesen dann plötzlich in Getreideäcker umbrechen wollen? Sollte es dann nicht mit einer Kalamität, die ihresgleichen in der Weltgeschichte kaum haben dürfte, seine schwere Kurzsichtigkeit bereuen müssen, zum Zwecke einer billigen Getreideversorgung für ungefähr ein Jahrhundert seine Landwirtschaft, besonders seinen Getreidebau dauernd ruiniert zu haben? Schon jetzt dürfen wir wohl voraussagen, England werde seine jetzigen billigen Brotpreise nach Verlauf von ungefähr einem halben Jahrhundert damit erkaufen müssen, dass seine Bevölkerung enorm zurückgehen werde, und dass es seine kulturelle Entwicklung in mühsamem Aufbau noch einmal werde beginnen müssen. Da nach Verlauf dieser Periode England nicht mehr in der Lage sein wird, eine Bevölkerung zu ernähren, die auch nur annähernd der heutigen entspricht, weil nach Verlauf dieser Periode nur noch die Staaten in der Lage sein werden, eine dichtere Bevölkerung zu ernähren, die ihre Getreidebautechnik sowohl extensiv, d. h. nach dem Verhältnis des dem

Getreidebau dienenden Bodens zur Gesamtfläche, wie intensiv, d. h. nach dem Ertrag auf die Flächeneinheit, auf die höchste Stufe gebracht haben. Denn nach dem Verlauf dieser Periode wird im grossen und ganzen kein Staat sich mehr auf den Getreideimport verlassen dürfen und nur soviel Getreide verzehren können, als er selbst produziert. England wird dann von allen westeuropäischen Ländern die geringste Produktion an Getreide und darum auch die am wenigsten dichte Bevölkerung haben. Da es sich nämlich schon zu sehr vom Auslande in seiner Getreideversorgung abhängig gemacht hat, wird es nicht mehr in der Lage sein, durch Getreideschutzzölle seinen Getreidebau auszudehnen, sondern nur langsam mit dem allmählichen Steigen der Weltmarktpreise für Getreide seinen Getreideanbau wieder heben können und dabei natürlich hinter allen westeuropäischen Staaten zurückbleiben müssen.

Doch ist das eine Kalamität und ein wirtschaftlicher und kultureller Rückgang, den England erst in einer ferneren Zukunft zu erwarten hat. Aber auch schon in der Gegenwart macht es sich für England sehr stark fühlbar, dass es sich in seiner Getreideversorgung vom Ausland fast völlig abhängig gemacht hat und nur noch einen ganz kleinen Teil, etwa 20 –25 % seines Bedarfs, noch selbst zu decken vermag. England ist schon gegenwärtig nämlich nicht mehr in der Lage, ohne fremde Beihilfe irgendeine feste und tatkräftige Politik zu treiben, denn allein darf es sich in einen Krieg mit einer Macht, die nur einigermassen seetüchtig ist, nicht mehr einlassen, weil ihm dann die Gefahr der Aushungerung droht. Seine Flotte mag noch so gross sein, sie wird es nie verhindern können, dass ein grosser Teil der nach England bestimmten Getreidemengen von den gegnerischen Schiffen vernichtet wird. Bleiben aber die üblichen Getreidezufuhren auch nur zu einem Teil aus, so ist der grössere Teil der englischen Bevölkerung der Gefahr des Verhungerns ausgesetzt. Darum muss England darauf bedacht sein, die Staaten gegen ein-

ander auszuspielen, um teils dem Kriege nur als ein tertius gaudens zuzusehen, teils doch wenigstens einen grossen Teil der feindlichen Heeresmacht und Flotte anderweit beschäftigt zu wissen. Dadurch ist seine politische Aktionsfähigkeit selbstverständlich ungemein gehemmt und trotz der Grösse seines Reiches und seiner Hilfskräfte kann es, abgesehen davon, dass seine politische Herrschaft über Indien stets stark gefährdet ist (was uns an dieser Stelle nicht interessiert), doch nicht als erste politische Macht bezeichnet werden. Zu diesen rechnen vielmehr Deutschland und die nordamerikanische Union. Diese grosse Einbusse seines politischen Prestiges verdankt es aber nur seiner Freihandelspolitik. Ein anderer sich gegenwärtig schon schwer bemerkbar machender Schaden, der sich aus der Verkümmerung des Getreidebaues ergibt, ist die Zusammenpressung der Bevölkerung in den Grossstädten (ca. 40 $^0/_0$) und in den mittleren (ca. 40 $^0/_0$) im Gegensatz zu der Entvölkerung des platten Landes. Die kräftige Landbevölkerung, der beste Ersatz für Heer und Marine, bildet also nur noch ein Fünftel der englischen Bevölkerung. Ein weiterer Uebelstand infolge der Verkümmerung des Getreidebaues ist, dass sehr viele natürliche Kräfte des Bodens zum Teil ganz brach liegen, zum andern Teil aber nur sehr ungenügend ausgenützt werden. Demgegenüber wird freilich von den Verteidigern der englischen Handelspolitik und auch von solchen Nationalökonomen, die uns die Nachahmung der englischen Handelspolitik wenigstens in bezug auf die Lebensmittel empfehlen möchten, darauf hingewiesen, die Renten der reinen Ackerböden seien seit 1846 um ungefähr 20 $^0/_0$, die Renten der Böden, die man in erster Linie in den Dienst der Viehzucht gestellt habe, seien sogar um ungefähr 70 $^0/_0$ gestiegen, in England seien ferner einige 70 $^0/_0$ des Bodens in landwirtschaftlicher Bearbeitung, während es in Frankreich nur 63—64 $^0/_0$ und in Deutschland 64—65 $^0/_0$ seien. Dabei werden aber die Wertveränderungen des Geldes in dieser

Periode gar nicht beachtet. Heute kann man in England für 1 Lstr. 4 sh. und selbst noch für 1 Lstr. 14 sh. weitweniger kaufen als in der Mitte der vierziger Jahre für 1 Lstr., so dass also die scheinbare Steigerung der Ackerböden um 20 % in Wahrheit einen enormen Preisrückgang bedeutet, sobald man den realen Wert in Betracht zieht, und selbst die scheinbare Preissteigerung um 70 % stellt in Wahrheit noch einen Preisrückgang dar. Bei der zweiten vergleichenden Statistik wird nicht berücksichtigt, was alles die englische Statistik noch unter landwirtschaftlich benutztem Boden aufführt, nämlich selbst das ödeste Heideland, wenn es sich wenigstens noch zum Weidegang eignet. Das Bild wird ein ganz anderes, wenn wir uns einmal die Kehrseite der von der englischen Statistik geprägten Medaille ansehen. In England betragen Wald- und Ackerland zusammen wenig über 75 %, mit Gebäuden bestandenes Land, Wasserflächen und Oedland demnach 25 %, wobei in England noch Deutschlands breite Flussläufe und Seenplateaus fast ganz fehlen. In Deutschland betragen Wald- und Ackerland einige 90 %, mit Gebäuden bestandenes Land, Wasserflächen und Oedland noch keine 10 %, England hat also ungefähr 20 % Oedland, wir dagegen nur einige wenige Prozent. Dieser Vergleich zeugt wohl kaum noch für eine blühende Landwirtschaft Englands.

Hat nun England durch seine Handelspolitik wenigstens erreicht, das seine Arbeiter besser genährt sind, als diejenigen der Staaten, welche durch Schutzzollpolitik sich den Getreidebau bewahren zu sollen glaubten? Man sollte glauben, dass bei den zurzeit noch vorhandenen billigen Getreidepreisen in England und bei den so oft gerühmten hohen Löhnen der Arbeiter der Getreidekonsum ein besonders hoher sein müsse. Wie weit diese Annahme berechtigt ist, zeigt uns die folgende Tabelle:

Für den tierischen und menschlichen Konsum waren

verfügbar pro Kopf der Bevölkerung in Kilogramm Brotgetreide:

	1880	1885	1890	1895	1990	1905
Deutschland	163	165,9	174	233,7	226,9	239
Frankreich	274	249	271	261	234	251
Grossbritanien	145	174,5	161,6	185,9	153,8	166
Italien	123	123	123	123	139	131
Oesterreich-Ungarn	—	154,36	168,17	164,97	141,18	163
Russland	—	—	121,9	177,6	185,9	205
Ver. Staaten von Amerika*	101	152	135	104	68	158

Die englische Bevölkerung gehört also, wenigstens was den Konsum von Brotgetreide anbetrifft, keineswegs zu den besternährten. Sie wird darin von Frankreich, Deutschland und Russland übertroffen. Zum Teil mag das an anderen Momenten liegen, zu einem grossen, sehr grossen Teil liegt es daran, dass die englischen Arbeiterlöhne gar nicht so glänzende sind, wie fast allgemein angenommen wird. Bei den englischen Lohnangaben haben wir nur immer die in den friendly societies geeinten Arbeiter im Auge. In diesen aber ist nur die Elite der englischen Arbeiter vereint, der grösste Teil der Arbeiter steht dagegen ausserhalb dieser Vereinigung und dessen Löhne sind bedeutend geringer als die Löhne der entsprechenden Arbeiterklassen in Deutschland. Man braucht sich hierüber durchaus nicht zu wundern. Ein Land, welches Schutzzollpolitik betreibt, kann natürlich für den Absatz seiner Produkte im Inland bedeutend höhere Preise erzielen, auch eine viel vielseitigere Produktion aufnehmen, als ein Land ohne Schutzzoll. Infolgedessen ist es auch imstande, bessere Löhne zu zahlen. Wenn nun noch die Elite der Arbeiter organisiert ist, und durch seine Organisation sich höhere Löhne erzwingt, die ungelernten und niederen Arbeiter aber systematisch von ihrer Organisation

* Hier wird in Süden sehr viel Mais verzehrt.

ausschliesst, so müssen natürlich die Löhne dieser Bevölkerungsklasse ganz besonders gedrückte sein. Das Hauptziel seiner Freihandelspolitik, eine zufriedene, gesunde, kräftige und gut genährte Bevölkerung zu haben, hat also England auch nicht erreicht; denn selbst um billige Lebensmittel zu kaufen, ist doch noch Geld nötig. Wenn aber bei geringer Vielseitigkeit der Produktion und bei dem Brachliegen vieler natürlicher Kräfte des Bodens auch ein grosser Teil der Arbeitskräfte brach liegen muss oder doch nur in der schlecht bezahlten Tätigkeit des ungelernten Arbeiters Beschäftigung finden kann, so kann dieser Teil der Arbeiter auch die billigsten Lebensmittel sich nur in einem für seine Ernährung nicht voll genügenden Umfange beschaffen. In dieser Lage aber befindet sich ganz unzweifelhaft ein sehr grosser Teil des englischen Volkes und deshalb ist trotz der billigen Getreidepreise in England doch der durchschnittliche Konsum in Getreide geringer als beispielsweise in Deutschland, wo infolge der Schutzzollpolitik und der damit bedingten grösseren Vielseitigkeit des Erwerbslebens und der besseren Löhne auch die untersten Volksklassen der Bevölkerung in die Lage versetzt sind, das bedeutend teurere Getreide doch für ihren Lohn erstehen zu können.

Ohne den Hauptzweck seiner Freihandelspolitik erreicht zu haben, hat sich England also in eine enorme Abhängigkeit vom Ausland begeben.

III.

Die internationale Wirtschaftslage und Krisis.

Unterzieht man aber die Aussichten der verschiedenen Staaten, gleichgültig, ob sie Freihandels- oder Schutzzollpolitik treiben, einer eingehenderen Betrachtung, so kommt man zu dem Resultat, dass jenes Land am meisten von der Zukunft zu erwarten und zu erhoffen hat, welches dank seiner natürlichen Lage, seiner Bodenbeschaffenheit und der Tüchtigkeit und Tatkraft seiner Bevölkerung sich selbst genügen und nicht auf die anderen Staaten angewiesen sein wird. Denn bevor die Idee, dass alle Menschen Brüder seien und dass einer dem andern helfen müsse, so fest Wurzel gefasst haben wird, dass es auch in dem praktischen Verhalten der Menschen zum Ausdruck gelangen wird, wird noch eine sehr lange Zeit vergehen, vielleicht auch wird es niemals dahin kommen. Ein Land, das nicht auf andere angewiesen sein wird, ist Amerika, welches sich infolge der grossartigen Entwicklung, die es in kurzer Zeit genommen hat, zu einem der wichtigsten Faktoren der Wirtschaftspolitik aufgeschwungen hat, mit dessen Vorhandensein alle anderen Staaten zu rechnen gezwungen sind. Amerika bildet eine Welt für sich. Noch nicht völlig bebaut und ausgenützt, ist es imstande, den Unterhalt seiner Bewohner an Lebensmitteln, Getreide und Vieh selbst zu beschaffen. Auch in den Erzeugnissen der Industrie steht es an der Spitze aller konkurrierenden Staaten, ja diese nehmen sich die amerikanischen Erzeugnisse, Maschinen und Arbeitsmethoden zum

Vorbild. Einen ganz bedeutenden Teil seiner Ernten und Produkte, Baumwolle, Getreide, Vieh, Industriewaren exportiert es in alle Länder der Erde und kann infolge seiner günstigen Produktionsbedingungen, seiner sparsamen Arbeitsmethoden überall konkurrieren, während es seine eignen Märkte noch durch hohe Schutzzölle gegen Einfuhr von aussen schützt. Die zweite Stelle der handelspolitischen Bedeutung nach könnte wohl Russland einnehmen, wenn es sich nicht den Fortschritten der Kultur feindlich gegenüberstellen würde, und es nicht infolge des dort herrschenden Despotismus und absolutistischen Systems zu inneren Zerwürfnissen und Unruhen käme, die sein Ansehen, die Arbeitsfreudigkeit seiner Bewohner und seine Finanzen schwer schädigen. Dort ist nur von einer Besserung der inneren Zustände ein Fortschritt zu erwarten. Jedenfalls wird es vieler, vieler Jahre bedürfen, bis sich Russland den Platz unter den Staaten errungen haben wird, den es der Grösse und dem inneren Reichtum seines Landes nach beanspruchen könnte. In schlechterer Lage als diese befinden sich die Staaten, die sich mit Amerika an der Spitze der handelspolitisch bedeutsamen Staaten befinden. Diese haben schon in vergangenen Zeiten die Entwicklung von Agrikulturstaaten zu Manufakturstaaten durchgemacht und stehen jetzt, wenn nicht alles trügt, auf der Höhe ihrer Macht. So haben Männer, wie Balfour und Chamberlain in England eingesehen und nachgewiesen, dass dieser Staat den führenden Rang unter den Völkern nicht mehr behaupten kann und schon von seiner Macht und Vorherrschaft einen Teil eingebüsst hat. Sie hoffen und glauben jedoch, dass England durch Aufgeben seiner Freihandelspolitik und durch Aenderung der heutigen Gestaltung seines Wirtschaftslebens neuen Lebensimpuls erhalten wird und so die Bedeutung und Stellung, die es noch inne hat, sich wird erhalten können. Sie wollen deshalb der Politik sowohl, wie der Handelspolitik neue Wegen weisen und gehen dabei von dem Ge-

danken aus, der schon früher erörtert wurde, dass ein Staat nicht auf andere angewiesen sein darf, sondern selbst alles für seinen eigenen Bedarf Nötige muss erzeugen und liefern können. Deshalb wollen sie auch das englische Volk und die Regierung davon überzeugen, dass England nur durch einen engeren Zusammenschluss mit den Kolonien, durch Gründung eines grossen Zollreiches seine Stellung werde behaupten können. Sie schreiben England auch den Weg vor, der es zu diesem Ziel führen soll: Aufgabe der Freihandelspolitik und Einführung der Schutzzollpolitik. Um zu diesem Ziel zu gelangen, müssten sich vorerst England und seine Kolonien gegenseitige Vorzugszölle einräumen, damit ersteres in den Kolonien, deren wirtschaftliches Interesse sich vielfach mit dem Englands, wie wir noch genauer sehen werden, nicht in Uebereinstimmung befindet, die Konkurrenten aus dem Felde schlagen kann, während letzteren England als Absatzgebiet gesichert wird. Aendert England seine Wirtschaftspolitik nicht, so geht es, wie die Anhänger dieser neuen Idee wohl nicht mit Unrecht behaupten, einer Krisis entgegen, welche es nicht nur seine handelspolitische, sondern auch seine politische Machtstellung unter den Staaten kosten wird. Auch die anderen Staaten, die heute eine führende Rolle spielen, suchen sich vermittels ihrer Kolonialpolitik neue Absatzgebiete, sowie neue Vieh- und Kornkammern zu sichern. Sie sind gezwungen, durch unermüdlichen Fleiss, Energie und Tüchtigkeit die Nachteile ihrer schlechteren Lage und Bodenbeschaffenheit wieder auszugleichen.

Ein Mittel, der Gefahr, die von Amerika und später vielleicht auch von den mächtig emporblühenden, der Kultur sich immer mehr erschliessenden asiatischen Staaten Japan und China her den europäischen Staaten droht, zu trotzen, wäre nach Ansicht vieler hervorragender Wirtschaftspolitiker ein wirtschaftlicher Zusammenschluss der mitteleuropäischen Staaten. Nur so können diese Staaten auf die Dauer

der Gefahr, die ihnen droht, trotzen. Andernfalls wird Amerika, dessen Ausfuhr schon jetzt die Einfuhr erheblich übersteigt, immer mehr der Gläubiger der europäischen Staaten werden, die das zum Unterhalt ihrer Bewohner nötige Vieh und Getreide von dort beziehen müssen, ohne durch ihre Einfuhr nach Amerika ihre Schulden begleichen zu können. Dadurch geraten die europäischen Staaten wirtschaftlich immer mehr in Abhängigkeit von Amerika, bis sie zu tief verschuldet sein werden, um auch politisch noch eine Rolle zu spielen. Dann wird mit elementarer Gewalt eine Wirtschaftskrise über sie hereinbrechen. Dies wird voraussichtlich der Gang der Entwicklung sein, wenn die jetzt auf einander eifersüchtigen Staaten nicht beizeiten die ihnen drohende Gefahr erkennen und ihre Massregeln und Vorkehrungen danach treffen.

IV.

Ursachen und Folgen der englischen Schutzzollbewegung, wie sie sich in den hauptsächlichsten Industrien zeigen.

Bis jetzt neiden die europäischen Staaten einander noch jeden wirtschaftlichen Erfolg und sind nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht. So ist zu einem grossen Teil der Neid auf die rasche und grossartige Entwicklung Deutschlands daran schuld, dass sich in England ein Umschwung der Stimmung zu gunsten der Schutzzollpolitik einzustellen scheint. Die Betrachtung des Handels der hauptsächlichsten Industrien Englands wird uns das beweisen.

Die Schuld des Freihandels soll es sein, dass sich in den letzten Jahrzehnten der Export britischer Waren und Produkte nicht genügend weiter entwickelt hat oder sogar zurückgegangen ist, während der Export und der Handel anderer Staaten, die Schutzzollpolitik treiben, in grossartigem Massstabe zugenommen hat und in dieser Beziehung England teils schon überflügelt hat, teils noch zu überflügeln droht.

Bevor wir uns jedoch mit dem der Statistik entnommenen Material beschäftigen, müssen wir uns darüber klar sein, welchen Wert diese Statistiken haben.

Für die auszuführenden Waren wurden die Werte von den Exporteuren selbst angegeben, für die importierten Waren gab es nacheinander drei verschiedene Methoden. Bis zum Jahre 1854 lag die Wertfeststellung im Ermessen der damit betrauten Beamten. Seit 1854 wurden bestimmte

Normen für die Wertfeststellung ausgearbeitet, die sich auf die periodisch einlaufenden Preislisten des inneren Handels stützten. Seit 1870 endlich besteht die Deklarationspflicht der Importeure. Danach werden wohl die Zahlen seit 1870 der Wahrheit am nächsten kommen, aber über allen Zweifel an ihrer Richtigkeit sind auch sie keineswegs erhaben. Im allgemeinen werden die Angaben für die Ausfuhr noch mehr als die für die Einfuhr zu niedrig sein. Zur Kontrolle behielt sich die Regierung die Nachprüfung durch königliche Beamte vor. Ein Vergleich der gewonnenen Zahlen wird also nicht nur durch die Ungenauigkeit der Zahlen an sich, sondern auch durch die verschiedenen Erhebungsmethoden in den drei Perioden erschwert. Dazu kommt noch, dass uns die Zahlen der englischen Statistik weder den vollen Bruttohandel, noch den reinen Nettohandel angeben, da sie den grössten Teil des Transithandels überhaupt nicht berücksichtigen und andererseits ein Teil des Transithandels unter dem Nettohandel erscheint. Vor dem Erlass des bekannten Handelsmarkengesetzes wurden viele ausländische Waren in England mit englischer Marke versehen. Sie figurierten also bei der Einfuhr als Nettoeinfuhr, d. h. zum Verbrauch im Inland, beim Verlassen des Landes als Nettoausfuhr.

Dass auch die Zahlen des Gesamthandels nicht vollständig waren, hat seinen Grund darin, dass vom Transithandel nur die Waren beachtet wurden, die zollpflichtig waren und die Zollinie auch wirklich passierten. Da aber England nur Finanzzölle kennt, ist beinahe der grösste Teil der Waren, die nach aussereuropäischen Staaten gehen, in England nicht zollpflichtig. Alle diese Waren, für welche englische Kaufleute die Handelsvermittlung übernehmen, sind daher in der Statistik nicht enthalten. Gerade der Vermittlungshandel spielt aber für England noch immer eine sehr grosse Rolle, da die meisten anderen Staaten erst vor ganz kurzer Zeit begonnen haben, die Zahl der von ihren Schiffen berührten Häfen zu erweitern. Doch werden die Engländer

nur sehr langsam aus den langjährigen historisch überkommenen persönlichen Handelsbeziehungen verdrängt werden können. Als letzte Fehlerquelle kommt dazu, sobald es sich darum handelt, die Grösse des Handels von England mit einem bestimmten Lande festzustellen, dass die Angaben über das Ursprungs- bezw. Bestimmungsland einer Ware häufig nicht den Tatsachen entsprechen. Der Grund dafür liegt in der allgemein üblichen Methode als Ursprungs- bezw. Bestimmungsland dasjenige Land anzugeben, in dem das englische oder den englischen Hafen anlaufende Schiff seine Waren absetzen soll oder eingenommen hat. So geht zum Beispiel ein grosser Teil des Handels zwischen England und Deutschland über Holland, der zwischen England und Oesterreich-Ungarn oder Russland über Deutschland.

Ziehen wir alle diese Momente mit in Rücksicht, so können wir trotzdem uns aus den schliesslich gewonnenen Zahlen noch kein richtiges Bild darüber machen, welche Wirkung die englische Freihandelspolitik auf den Handel Englands gehabt hat. Erst müssen wir noch die erhaltenen absoluten Zahlen in relative übersetzen. Wir müssen zuerst die Verteilung auf den Kopf der Bevölkerung vornehmen und diese Zahlen dann mit den entsprechenden Zahlen der anderen am Welthandel beteiligten Völker vergleichen. Erst die daraus zu entnehmende steigende oder fallende Teilnahme Englands am Welthandel gestattet uns einen Schluss auf die Wirkung der englischen Freihandelspolitik zu ziehen. Eine dritte Relation ergibt sich aus der Beachtung der Preisschwankungen. Zum Schluss muss man dann auch noch in Betracht ziehen, dass England im Beginn der hier untersuchten Periode in den Kreis unserer Beobachtungen als ein Staat tritt, der schon eine grosse Entwicklung hinter sich hat, während die übrigen Staaten sich erst im Anfang dieser befinden, und erfahrungsgemäss macht ein schon vorgeschrittener Staat langsamere Fortschritte, als einer, der sich noch in den ersten Entwicklungsstadien befindet. Nur wenn also ganz handgreifliche, in grossen Zahlen vorliegende Resul-

tate vorliegen, dürfen wir unsere Schlüsse ohne weiteres aus dem vorliegenden Material ziehen.

Wenden wir uns nun dem statistischen Material zu, so gelangen wir durch einen Vergleich des Gesamthandels der wichtigsten Staaten für die letzten fünf Jahrzehnte zu einem Resultat, welches für die Zunahme von Englands Gesamthandel keineswegs günstig ausfällt.

Gesamthandel (Import und Export in Millionen Lstr.):

	1850	1900	Zunahme in %
England	84,5	344,5	407
Frankreich	47,5	170,4	350
Deutschland	35,0	254,1	730
Amerika	31,0	222,1	710

Der Handel Deutschlands und Amerikas hat sich demnach in viel grösserem Massstabe entwickelt als derjenige Englands. Noch ungünstiger stellt sich das Resultat für England, wenn man nur die Ziffern für den Export in Betracht zieht. Hier stellt sich das Resultat wie folgt:

Ausfuhr in Millionen Lstr.:

	1880	1900	1904	Zunahme von 1880|1904
England	223	286	296	33 %
Amerika	172	286	297	73 %
Deutschland	145	226	256	77 %
Frankreich	139	161	178	28 %

Deutschlands und Amerikas Ausfuhrhandel haben also von 1880—1904 ungefähr $2^1/_2$ mal so viel zugenommen, wie Englands Export.

Eine gute Uebersicht über den Gesamthandel gibt noch die vom englischen Handelsamt ausgearbeitete Tabelle für das Jahr 1904.

Danach betrug in Millionen Lstr.:

	Ausfuhr	Einfuhr
England	300,82	481,04
Amerika	297,03	215,81
Deutschland	258,62	314,55
Frankreich	179,02	181,46
Belgien	82,21	104,76
Oesterreich-Ungarn	86,21	85,21
Italien	64,61	74,32
Japan	38,01	37,59

England behauptet zwar absolut noch immer den ersten Platz, doch ist der Unterschied, wie schon oben gezeigt, von Jahr zu Jahr den anderen Staaten gegenüber kleiner geworden, und besonders spricht zu Ungunsten Englands, dass bei ihm die Einfuhr in erheblich grösserem Massstabe die Ausfuhr überschreitet als bei den anderen Staaten.

Die Ursache dieser ungünstigen Handelsbilanz ist nach der Meinung der Anhänger des Schutzzolls die, dass der Freihandel den britischen Industrien keinen solchen Schutz gewährt, wie ihn die anderen Staaten durch den Schutzzoll ihren Industrien angedeihen lassen können. Dadurch gelingt es diesen letzteren, die englischen Waren nicht nur von den auswärtigen Märkten zu verdrängen, sondern sie können sogar den Engländern in England selbst schwere Konkurrenz machen, indem sie ihre überflüssige Ware auf den englischen Markt werfen und sie dort nötigenfalls sogar unter dem eigenen Herstellungspreis verkaufen.

Einiges andere Material zur Beurteilung des Gesamthandels haben wir auch in der Schiffahrtsstatistik.

Durchschnitt der Jahre	Gehalt der eingelaufenen engl. Schiffe in Mill. Reg.-Tons;	fremden Schiffe
1855—59	6	4
1860—64	8	5
1865—69	11	5
1870—74	14	7
1875—79	17	8
1880—84	21	9
1885—89	24	9

Der englische Schiffsverkehr zeigt absolut und relativ eine grössere Steigerung als der der fremden Schiffe. England hat sich demnach rein quantitativ in seinem Handel von den fremden Ländern unabhängig gehalten. Doch ist die Steigerung des Schiffsverkehrs selbst relativ eine immer geringere geworden. Ein Vergleich dieser Zahlen mit denen fremder Länder würde für jene absolut ein bedeutend ungünstigeres, relativ durchschnittlich ein günstigeres Resultat ergeben.

Betrachtet man die einzelnen Industrien Englands, so gehören zu den wichtigsten die Baumwollenindustrie, die Eisen- und Stahlindustrien und die Wollwarenindustrie, die vor vielen Jahren den ersten Platz einnahm, nach und nach aber von diesem verdrängt wurde.

Im Jahre 1902 setzte sich der Handel Englands ungefähr folgendermassen zusammen: An Nahrungsmitteln importierte England in diesem Jahre für 215 Millionen Lstr., wähwährend es für 300 selbst produzierte. Da es nur für 11 Millionen exportierte, so ergibt sich, dass England wie schon erwähnt, in seiner Lebensmittelversorgung auf das Ausland besonders auf Amerika angewiesen ist, von wo es einen sehr grossen Teil seines Bedarfs decken muss. An Baumwolle importierte England 40 Millionen Lstr. von Amerika und 584 000 Lstr. von den britischen Kolonien. Die importierte Baumwolle wurde in England zu Waren im Werte von 90 Mil-

lionen Lstr. verarbeitet, von denen 70 weiter exportiert wurden.

An Rohmaterialien dagegen exportierte England für 32 336 000 Lstr.

Fertige Waren und Artikel zum persönlichen Gebrauch importierte England für 43,5 Millionen Lstr., von denen nur sechs Millionen weiter exportiert wurden, sodann für 29 Millionen Luxuswaren, während zum Export noch hinzukommen für 27 Millionen Mark Kohlen und 220 Millionen Manufakturwaren, davon neun Millionen Luxuswaren.

Im ganzen importierte England also für 462 Millionen Lstr., davon sind 86 % Nahrungsmittel, 5,4 % Luxusgegenstände, 5,4 % Material für die heimischen Industrien und Gegenstände zum persönlichen Gebrauch und 2,6 % gemischte Artikel (Tabak, Petroleum usw.).

Der Export betrug in Nahrungsmitteln 11 Millionen Lstr., Rohmaterialien 32,4 Millionen, Kohlen 27 Millionen und Manufakturwaren 220 Millionen, davon 9 Millionen Luxusgegenstände. Im ganzen 290 Millionen Lstr., so dass England, wie sich aus allen statistischen Aufnahmen ergibt, jährlich ungefähr 150 Millionen Lstr. mehr importiert wie exportiert. So stellte sich auch im Jahre 1905 der Export auf 349 Millionen, der Import dagegen auf 528 Millionen Lstr.

Nach der Meinung der Freihändler wird dieser Importüberschuss von 150 Millionen Lstr. durch Englands Einnahmen aus dem Schiffsverkehr, die allein auf 90 Millionen geschätzt werden, ferner durch die Verzinsung der dem Ausland gelichenen bezw. dort in allerhand Unternehmungen angelegten Kapitalien und durch seine Einnahmen als Bankier und Kommissionär der ganzen Handelswelt gedeckt.

Betrachtet man die natürlichen Hilfsquellen Englands, das insbesondere einen grossen Kohlen- und Erzreichtum aufzuweisen hat, so kann man danach beurteilen, dass es vermöge dieser natürlichen Hilfsquellen zu einer führenden Stellung in der Fabrikindustrie direkt prädestiniert war. Es

lag daher in Englands ureigenstem Interesse, sich vor allem mit der Verarbeitung der Rohstoffe, die der Reichtum des Landes ihm bot, zu befassen. Zur Erweiterung seiner Industrien hätte es dann noch Rohstoffe von auswärts importieren müssen und diese nach vollendeter Verarbeitung als fertige Fabrikate exportieren sollen.

Die Absicht der Freihändler war es ja auch, wie wir schon gesehen haben, England zum Industriestaat der ganzen Welt zu machen, die anderen Staaten auf der Stufe von Ackerbaustaaten zu halten. Dies ist England nun ganz und gar nicht geglückt, vielmehr ist es durch seine zäh festgehaltene Freihandelspolitik und die Schutzpolitik der anderen Staaten gehindert worden, dies Ziel zu erreichen.

Das mangelhafte in der englischen Freihandelstheorie zu erkennen, ist nicht schwer. Wenn England, was auch noch bezweifelt werden muss, in der Lage gewesen wäre, die ganze Welt mit Industrieprodukten zu versehen, hätte es dann auch die landwirtschaftlichen Ueberschüsse all der andern Länder übernehmen können? Ferner hätten die Freihändler bedenken müssen, dass sich die anderen Staaten nicht auf der Stufe von Ackerbaustaaten halten lassen konnten, wenn ihre Bevölkerung so stark angewachsen war, dass auch der intensivste Ackerbau nicht mehr alle beschäftigen konnte. Es zeigte doch von ungeheurer Selbstüberschätzung, die englische Industrie so sehr hors de concours zu erklären, dass es keinem andern Staat möglich sein würde, seine Industrie, auch nicht mit Hilfe von Schutzzöllen, der englischen gegenüber hochzubringen.

Dass dies den anderen Staaten gelungen ist, wissen wir und aus der Statistik ersehen wir, dass England, welches die anderen Staaten mit seinen Fabrikaten versorgen wollte, selbst immer mehr und mehr fertige Waren importiert, während es Rohstoffe, besonders Kohle und Eisen exportiert.

Der Schaden, den ihm der Export dieser Rohstoffe bringt, ist noch dazu ein doppelter, denn erstens entledigt sich Eng-

land seines natürlichen Reichtums, der sich schliesslich doch einmal erschöpfen muss, und zweitens fördert England dadurch die Industrien der Konkurrenzländer, denen es die Rohmaterialien, deren diese zur Ausdehnung ihrer Industrien bedürfen, zur Verfügung stellt. Gerade die Entwicklung des Kohlenexportes hat eine ungeahnte Ausdehnung angenommen. Eine Aufstellung, die den „Statistical Studies relating to national Progress in Wealth and Trade since 1882 by A. Bowley, London 1904" entnommen ist, gibt davon folgendes Bild.

Wert des Exports britischer und irischer Produkte. Durchschnitt aus fünf Jahren entnommen in Millionen Lstr.:

	1883—87	1888—82	1893—97	1898—02	1903
Kohle	10	16	16	28	27
Andere Artikel	214	227	211	236	260

Die Steigerung des Kohlenexports ist also ganz enorm. Ein klareres Bild davon, wie sich die Zusammensetzung der Exportartikel Englands in den letzten Jahrzehnten geändert hat, gibt eine Aufstellung, die der Abhandlung von Marie Schwab über die Chamberlainsche Handelspolitik entnommen ist. Dieselbe gibt die Aenderung in der Zusammensetzung der Ausfuhr Englands an. Die Ausfuhr der einzelnen Artikel betrug danach in Prozent der Gesamtausfuhr:

	Textil-industrie	Metall-industrie	Kohlen	Maschinen
1872	50,3	18,34	4,07	3,34
1879	47	15,4	3,76	3,99
1890	40	17,21	7,22	6,36
1898	34,7	12,4	7,1	8,29
1904	41,2	11,33	8,93	7,01

Die Ausfuhr von Textilwaren ist also ständig zurückgegangen. Es ist keine Steigerung des Exports eingetreten,

wie sie der schnellen Zunahme der Bevölkerung sowohl im Produktionsland wie in den Konsumptionsländern, sowie der grossartigen Vervollkommnung der Verkehrsmittel entsprechen müsste. Die Ausfuhr der Kohle dagegen hat einen gewaltigen Aufschwung genommen. Wie schon oben erwähnt wurde, ist das eher zum Schaden als zum Nutzen Englands. Das wird noch deutlicher, wenn man sich klar macht, dass die Kohlenausfuhr von 1872—1904 um ungefähr 200 % gestiegen ist, die Kohlenförderung Englands dagegen nur um ungefähr 80 %. Im Jahre 1872 wurden 12,7 % der gewonnenen Kohle exportiert, im Jahre 1904 dagegen 28,2 %.

Um noch weiter den Beweis zu liefern, dass sich die Zusammensetzung des englischen Exports für England von Jahr zu Jahr ungünstiger gestaltet hat, möge die nachstehende Tabelle dienen, welche den Anteil der Ganz- und Halbfabrikate in England und in den Konkurrenzländern am Exporthandel uns vor Augen führt. Es beweist diese Tabelle nur wieder, dass der Anteil der Fabrikate am Export in England sich vermindert, oder jedenfalls nicht im selben Massstab zunimmt, wie es in den Konkurrenzländern der Fall ist. Im Vergleich dazu ist der Anteil der Ganz- und Halbfabrikate am Import unverhältnismässig schnell gestiegen. So betrug die Ausfuhr aus den Vereinigten Königreichen England und Irland im Jahre:

1880:	223	Millionen Lstr.	davon Ganz- und Halbfabrikate	196,9	= 88,3 %
1904:	296,4	„ „		239,5	= 80,8 %

Im Gegensatz dazu betrug die Ausfuhr in Amerika:

1880:	171,7	Millionen Lstr.	davon Ganz- und Halbfabrikate	21,4	= 12,46 %
1904:	297	„ „		104,7	= 35,3 %

Nahm die Ausfuhr von fertigen Ganzfabrikaten in England vom Jahre 1880—1904 um 12,6 % zu, so betrug dagegen

die Zunahme dieser Ausfuhr in Deutschland 84,6 % und in Amerika sogar 292,5 %.

In England hat nur der Export von Baumwollfabrikaten zugenommen, in allen übrigen Industrien ist die Ausfuhr fertiger Fabrikate mehr oder weniger zurückgegangen. Die Zunahme gerade in diesem Zweig der Industrie ist jedoch für die Beurteilung der ganzen wirtschaftlichen Lage Englands nicht von allzugrosser Bedeutung, da gerade bei diesem Artikel England vollkommen von der Konjunktur auf dem Rohbaumwollenmarkt abhängig ist. Und da Amerika der Lieferant der rohen Baumwolle ist, so birgt die Abhängigkeit Englands von Amerika in dieser Beziehung eine grosse Gefahr für die englische Baumollenindustrie in sich.

Folgende Tabelle gibt uns einen Ueberblick über den Export von Baumwollfabrikaten und Garn aus England seit 1883, nach dem Durchschnitt von je fünf Jahren berechnet in Millionen Lstr.:

	1883—87	1888—92	1893—97	1898—1902	1903
Export fertiger Waren	58	60	56	61	66
Garn	12	12	9	8	7

Der Export der Baumwollwaren ist demnach gestiegen, derjenige des Garns dagegen gefallen. Eine Aenderung erfährt diese Tabelle noch dadurch, dass man in Betracht ziehen muss, dass die Preise für die Rohbaumwolle in den letzten Jahren gefallen sind. Es ergibt sich dann, dass die Mengen der importierten Rohbaumwolle viel schneller gestiegen sind, als die exportierten Mengen, so dass man anzunehmen gezwungen ist, dass mehr Baumwollwaren für den heimischen Markt fabriziert worden sind als in früheren Zeiten.

Was die Wollen- und Kammgarnindustrie anlangt, so zeigt der Wert der fertigen Waren einen Rückgang von 15—20 %, doch ist ein grosser Teil hiervon auf das Sinken

der Preise für die rohe Wolle zu setzen. Der Preis für das Yard Stoff scheint im Gegensatz dazu aus verschiedenen Gründen gestiegen zu sein, indem statt der leichteren Stoffe wertvollere schwerere exportiert werden, auch die Breite und Feinheit der Stoffe grösser geworden zu sein scheint. Der Verbrauch der Rohwolle ist demnach in England um ungefähr 25 % gestiegen, so dass man annehmen muss, dass trotz der ganz beträchtlichen Einfuhr fremder Stoffe der heimische Verbrauch diese absorbiert hat. Der Wert ist in der folgenden Tabelle nach einem Durchschnitt von je fünf Jahren in Millionen Pfund angegeben.

	1883—87	1888—92	1893—97	1898—1902	1903
Export fertiger Ware	19,5	19,6	16,9	14,7	15,9
Garn	5,2	5,2	6.6	6	6
Mengen Stoff i. Yard	249	220	188	147	157
Garn in Pfund	52,1	56,3	72,4	73	78,8
Rohe Wolle in England verbraucht in Pfund	379	457	503	525	—

Für Eisen, Stahl und deren Produkte gibt folgende Tabelle Aufschluss, die dem obengenannten Buch von A. Bowley entnommen ist. Auch diese gibt nach dem Durchschnitt von je 5 Jahren den Wert des Exports in Millionen Lstr.

	1883-87	1888-92	1893-97	1898-1902	1903
Eisenwaren und Messerschmiedearbeiten	3,1	2,7	2	2,1	24,7
Werkzeuge, Geräte und Maschinen	12,6	15,9	15,7	18,9	
Diverse Eisen- und Stahlprodukte	15,4	16,8	13,1	16,9	30,4
Verzinntes Eisen	4,7	6,1	3,9	3,6	
Roh- und Puddeleisen	2,8	2,6	2,3	3,9	
Stangen, Barren und Stahlplatten	1,4	1,7	2,2	3	
Summa	40	45,8	39.2	48,4	55,1
Durchschnitt von 10 Jahren	42,9		43,8		

	1883—87	1888—92	1893—97	1898—1902	1903
Unbearbeitetes Eisen in England verbraucht in Millionen Tons	6,5	6,7	7	7,7	

Fasst man die einzelnen Tabellen noch einmal der besseren Uebersicht wegen zusammen, so ergibt sich nochmals ganz überzeugend das Resultat, dass der Export Englands mit der Vermehrung seiner Bevölkerung und mit der Ausdehnung des Exports, wie er in anderen Ländern in die Erscheinung getreten ist, keinesfalls gleichen Schritt gehalten hat. Die folgende Tabelle, die das ebenfalls beweist, ist von A. Bowley auf Grund des „Fiscal Blue Books" von Sir Robert Giffen und anderer Daten aufgestellt. Wie alle vorhergehenden Tabellen bringt sie den Durchschnitt von je fünf Jahren in Millionen Lstr.

Export mit Ausnahme der Wiederausfuhr fremder Waren:

	1883—87	1888—92	1893—97	1898—1902
Produkte der Textilbranche	107	109	98	100
Eisen und Stahl	40	46	39	48
Kohle	10	16	16	28
Andere Waren	67	72	74	90
Schiffseinkünfte	65	70	80	90
Summa	289	313	307	356
Durchschnitt von 10 Jahren		300		330
Pro Kopf der Bevölkerung Lstr.		8,2		8,2
Pro Kopf der Bevölkerung ohne Einkünfte aus dem Schiffsverkehr Lstr.		6,3		6,1

Die Engländer haben den Rückgang des Exports in den Hauptindustrien durch die gesteigerte Entwicklung einer Reihe kleinerer Industrien wieder wettgemacht, so der chemischen, Papier-, Leder- und Gummiwarenindustrie und etlicher anderer.

Demgegenüber hat sich der Import ganz erheblich vermehrt, wie eine vom selben Verfasser aufgestellte Tabelle deutlich erkennen lässt.

Summary of Imports.
Reexport subtracted throughout.
Quinquennial Averages 000 000's omitted.

	1883—87	1888—92	1893—97	1898—1902	1903
A. Food competing with Home Products	92	104	110	136	154
B. Food tropical	45	47	46	52	50
Wine and tobacco	9	10	10	11	10
Total	146	161	166	199	214
C. Raw Materials	89	99	91	111	114
Partly manufactured	7	9	8	11	12
Unclassed	15	16	17	23	25
Finished Goods	26	30	37	43	43
Total	283	315	319	387	408
Miscellaneous	37	39	47	54	65
Total Imports	320	354	366	441	473

In dieser Tabelle umfasst Gruppe A diejenigen Erzeugnisse und Nahrungsmittel, welche in direkte Konkurrenz mit den britischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen treten können. Dazu gehören: Korn und Mehl, eingemachtes, frisches und gesalzenes Fleisch, Schlachtvieh, Fische, Butter, Käse, Speck, Milch, Kartoffeln und Früchte.

In Gruppe B sind Erzeugnisse zusammengefasst, die in England selbst nicht hervorgebracht werden, so Mais, Tee, Kaffee, Kakao, Reis, Sago usw., Zucker, Gewürze und Früchte.

Der Import dieser beiden Gruppen zeigt ein schnelles Wachstum in den Jahren 1883—1903. Dieses Wachstum erscheint einem noch grösser, wenn man statt der Werte die Mengen in Betracht zieht, da bei vielen Erzeugnissen,

zum Beispiel beim Zucker, der Wert des Imports gefallen ist, die Menge dagegen sehr schnell zugenommen hat.

In die Gruppe C, welche die Rohmaterialien umfasst, gehören Baumwolle, Wolle, Jute, Seide und Flachs, Gummi und Guttapercha, Bauholz sowie anderes Holz, Kupfer, Eisenerze, Kies, Felle, Leder, Pelze und Rauchwaren. Der Import dieser Rohmaterialien ist auch gestiegen und zwar der von Baumwolle um ungefähr 15 %, der von Wolle um 40 %, von Eisen um 18 %, Blei um 60 %, Zink 80 %, Leder 85 %, Holz usw. 60 %, Kohle 28 %, ungefähr um ebensoviel der Import von Zinn, dagegen ist der von Seide um 25 % gefallen.

In der Gruppe D sind die Halbfabrikate zusammengefasst, dazu gehören Spinngarn, Roheisen und Stahl, Block- und Tafelblei, Barren und Stangen von Zinn, sowie rohes Zink. In dieser Gruppe hat sich die Einfuhr von Roheisen vermehrt, allerdings nur ganz unbedeutend, ebenso die von Blei.

In der folgenden Gruppe E, welche Oel, Sämereien, Oelkuchen, Talg, Gummi und Papier enthält, ist der Import von Papier stetig gestiegen.

In Gruppe F, Textilwaren, Eisen und Stahl roh oder bearbeitet, Glas, chemische Produkte, Steinkohlenteer und Handschuhe, verteilt sich der Import wie die folgende Tabelle zeigt.

Fünfjähriger Durchschnitt. 000 000's weggelassen. In Lstr.:

	1883—87	1888—92	1893—97	1898—1902	1903
Baumwollwaren	1,8	2,1	2,7	4,3	5,1
Wollwaren	6,8	8,5	9,5	9,1	8,1
Seidenwaren	10	10,4	14	13,9	12,4
Eisen und Stahl roh o. bearbeitet	1,9	2,5	3,3	7,1	8,2

Wie man aus dieser Aufstellung ersieht, ist die Steigerung der Einfuhr fertiger Waren eine sehr erhebliche gewesen.

Vergleicht man nun die Mengen der importierten und exportierten Güter miteinander, indem man annimmt, dass sich die Preise dieser Güter aus den Jahren 1883—87 konstant erhalten hätten, so würde man für die Gesamtsumme folgendes Resultat erhalten, welches nur wieder die schon gewonnene Ueberzeugung bestätigt, dass der Import verhältnismässig viel schneller gestiegen ist, als der Export.

Vergleich des Exports und Imports nach fünfjährigem Durchschnitt in Millionen Pfund:

	1883—87	1888—82	1893—97	1898—1902
Export	222	243	246	270
Import	317	377	443	519

Das Bemerkenswerte am englischen Handel im Vergleich zu dem der anderen führenden Handel- und Industriestaaten ist, dass in England die Gesamteinfuhr von Fabrikaten ganz erheblich gestiegen ist, während dort umgekehrt die Gesamtausfuhr dieser Artikel sich vermehrt hat. Es zeigt sich dies sehr deutlich aus einer Tabelle, die Marie Schwab in ihrem Buch über Chamberlains Handelspolitik aus dem ihr zur Verfügung gestellten Material aufgestellt hat und die mit dem Jahre 1880 beginnt.

Es betrug danach die Fabrikateinfuhr in Millionen Pfund:

	England	Deutschland	Frankreich	Amerika
1880	76,4	39,1	24	55,9
1885	77,5	42	24,4	55,4
1890	89,9	49	26	72,2
1895	91,5	46,3	23,3	66,1
1900	128,3	60	33,7	65,6
1901	127,4	53,2	30,9	67,3
1902	132,5	55,1	31,1	76,5
1903	134,6	59,2	?	85,9
1904	135,1	59,8	?	?

Dagegen die Fabrikatausfuhr:

	England	Deutschland	Frankreich	Amerika
1880	196,9	83,5	73,6	21,4
1885	186,1	90	65,2	30,7
1890	225,8	107,3	80	31,5
1895	191,9	109	76,4	38,2
1900	220,2	149,1	90,2	90,4
1901	214,7	144,6	90	85,6
1902	221,7	154,4	95	84
1903	230,5	160,8	?	84,9
1904	239,5	168,7	?	104,7

Eine weitere Erläuterung dieser Tabelle ist nach dem Vorhergesagten wohl nicht mehr nötig, sie spricht für sich allein deutlich genug. Berücksichtigt man ferner bei dieser Tabelle, was England für seinen eigenen Bedarf an Fabrikaten eingeführt hat, so erhält man für das Jahr 1880: 62,8; 1890: 74,2; 1900: 110,6; 1902: 115,1 und 1904: 115,1 Millionen Lstr., so dass im Jahre 1904 zum Beispiel die Einfuhr halb so viel beträgt wie die Ausfuhr, wobei die Zunahme der Ausfuhr in anderen Ländern die Englands bei weitem überflügelt hat. So beträgt die Zunahme der Ausfuhr in England von 1880—1902: 12,6 %, in Deutschland dagegen 84,6 % und in Amerika sogar 292,5 %. Dabei ist es bei dem behandelten Thema von grossem Interesse, zu beachten, dass Deutschland im Jahre 1879 zum Schutzzoll überging.

V.

Schutz der nationalen Arbeit.

Aus den bisher angestellten Betrachtungen und Berechnungen ergibt sich zweierlei von Wichtigkeit für das in vorliegender Abhandlung behandelte Thema: das wachsende Missverhältnis zwischen dem Ein- und dem Ausfuhrhandel Englands und die nachteilige Veränderung in der Natur des englischen Aussenhandels. Der Einfuhrhandel Englands hat sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rapide gehoben und betrug zum Beispiel nach den Mitteilungen des englischen Handelsamtes für das Jahr 1903: 542 600 000 Lstr. Die Ausfuhr heimischer Bodenerzeugnisse und im Inlande verfertigter Waren blieb dagegen in den letzten 50 Jahren hinter der stetig wachsenden Einfuhr bedeutend zurück. Sie ist im letzten Vierteljahrhundert im grossen und ganzen stationär geblieben und betrug im Jahre 1903 rund 290 800 000 Lstr., also um 251 800 000 Lstr. weniger als der Wert der Einfuhr. In dem auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Anteil ist sie seit Beginn der 70er Jahre sogar nicht unerheblich gesunken, von 7,07 Lstr. im Jahre 1871 bis auf 6,21 Lstr. im Jahre 1899. Ferner weist, wie schon erwähnt, sowohl der Import wie der Export von Waren eine für den englischen Volkshaushalt nachteilige Wandlung seiner inneren Struktur auf. So ist im Exporthandel der Anteil der Ganz- und Halbfabrikate, also der für den heimischen Arbeitsmarkt wertvollsten Exportartikel, seit einer langen Reihe von Jahren zurückgegangen und in den Jahren 1882 bis 1903 von 90,2 auf 80,7 % gesunken (Board of Trade Returns for 1903),

während der Export von Hilfsstoffen für die Industrie mit derselben Beständigkeit gestiegen ist, und zwar von 5,1 % in 1882 auf 12,2 % in 1903. Die Ausfuhr dieser Hilfsstoffe bedeutet mit Rücksicht auf den geringeren Arbeitsaufwand einen geringeren Gewinn und liefert ausserdem den Konkurrenten Englands die Mittel zum Wettbewerb. Die Einfuhr von Rohmaterialien und Hilfsstoffen geht in England zurück, während die Einfuhr von Ganz- und Halbfabrikaten sich absolut und relativ erheblich vermehrt. So wurden im Jahre 1903 um 134 600 000 Lstr. Ganz- und Halbfabrikate, davon für 38,2 Millionen Webstoffe und Gewebe, für 27,2 Millionen Eisen, Stahl, sonstige Metalle und Metallwaren, für 4,5 Millionen Maschinen, für 3,5 Millionen Bekleidungsgegenstände nach England importiert, also Erzeugnisse von Gewerbszweigen, die zu den erbeingesessenen, entwickeltsten des Landes gehören. Alle diese Fabrikate oder zum wenigsten doch der grössere Teil derselben könnten an sich ebensogut in England selbst hergestellt werden und würden bei dem erforderlichen Schutzzoll auch daselbst hergestellt worden sein. Der Import von Ganz- und Halbfabrikaten ist in den Jahren 1899—1903 von 121,6 auf 134,6 Millionen Pfund Sterling gestiegen, und zwar stammt diese Zufuhr zum grossen Teil aus Staaten, welche sich durch wirksame Zölle gegen die Einfuhr englischer Fabrikate zu schützen wussten.

Von dem gesamten Aussenhandel Englands beträgt derjenige des Vereinigten Königreiches mit den überseeischen Besitzungen kaum den vierten Teil, doch unterscheidet er sich, wenn man Import und Export gesondert betrachtet, sehr vorteilhaft von dem Handel, den England mit den anderen Staaten pflegt.

In der Hauptsache empfängt nämlich England von seinen Kolonien Hilfsstoffe für seine Industrien und Nahrungsmittel für seine sich stetig vermehrende Bevölkerung. Im Austausch dagegen sendet England seinen Kolonien einen sich von Jahr zu Jahr steigernden Anteil der wertvollsten Zweige

seiner gewerblichen Produktion. Im Jahre 1903 gingen von der gesamten Ausfuhr der im Ver. Königreich gewonnenen Produkte und hergestellten Waren nahezu 38,2 % oder $^2/_5$ des gesamten Wertes, nämlich für 111,2 Millionen von 290,8 Millionen Lstr. nach den Kolonien.

Im einzelnen empfingen die Kolonien, nach einer Aufstellung, die in der Abhandlung von Oppenheimer, Englischer Imperialismus, gemacht ist: Von Webstoffen und Geweben 40,6 Millionen Lstr. = 36,4 % des gesamten Exports in diesen Artikeln, von Metallen und Metallwaren 17,1 Millionen Pfund oder 45,7 %; von Maschinen 7,7 Millionen oder 38,5 %; von Bekleidungsgegenständen 6,3 Millionen oder 82,9 % usw., von Hilfsstoffen für die Industrien dagegen nur 3 Millionen oder 8,5 % des gesamten heimischen Exports. Lässt man die Frage der kolonialen Handelspolitik fürs erste ausser Betracht und versucht nur im allgemeinen für die Handelspolitik Englands einen Schluss aus den angestellten Betrachtungen zu ziehen, so kann man sich wohl dahin äussern, dass England darauf bedacht sein muss, der Arbeit seiner Nation einen Schutz zu verschaffen, damit sich die schon bestehenden Industrien unter diesem Schutz einer ruhigen und geregelten Entwicklung erfreuen können und damit ihnen die Absatzgebiete, die sie sich schon erobert haben, erhalten bleiben, sowie, dass ihnen die Möglichkeit gegeben wird, sich neue Absatzgebiete zu erobern. Aufstrebende neue Industrien müssen mit Hilfe des Schutzes in Stand gesetzt werden, sich zu entwickeln und sich zuerst einmal im eigenen Vaterland ein Absatzgebiet zu verschaffen, um sich späterhin am Export beteiligen zu können.

Für die von Jahr zu Jahr sich mehrende und wachsende Bevölkerung Englands muss die Möglichkeit geschaffen werden, im Vaterlande selbst lohnende Arbeit zu finden, es muss, kurz gesagt, die nationale Arbeit geschützt werden, da sonst gerade die besten Kräfte, die am willigsten zur Arbeit sind, und welche doch die Kraft und Stärke des Landes

bilden, sich leicht dazu entschliessen, ihrem Vaterland den Rücken zu kehren und in fremden Ländern, in neu aufstrebenden Kolonien Arbeit, Verdienst und eine zweite Heimat zu suchen. Schutz der nationalen Arbeit ist somit gleichbedeutend mit Erhaltung und Fortentwicklung der Nation. Denn, wie schon gesagt, es werden sich gerade diejenigen entschliessen auszuwandern, die am fleissigsten und regsamsten sind, die am meisten vorwärtsstreben und so ihrem Vaterland am meisten nutzen können. Dieser Nutzen kommt dann nicht mehr ihrem Vaterland zugute, sondern den Vorteil daraus zieht ihr neues zweites Vaterland, dem sie unter Umständen eine grossartige und schnelle Entwicklung verschaffen, wie es in grossartigstem Massstab Amerika beweist, das von den tüchtigsten Männern aus aller Herren Länder bevölkert und kolonisiert, besonders wohl von Engländern und Deutschen, sich in sehr kurzer Zeit zu dem bedeutendsten Faktor in der Handelswelt emporgearbeitet hat und das heute unter den Weltmächten die erste Stelle einnimmt. Im Gegensatz zu England lässt Amerika seiner nationalen Arbeit seinen Schutz in höchstem Masse angedeihen und hat es dadurch in so kurzer Zeit zu solcher Macht und solchem Ansehen bringen können.

VI.

Oekonomischer und politischer Liberalismus. Chamberlain. Balfour.

Auch in England bricht sich die Ueberzeugung immer mehr Bahn, dass die Interessen des Landes unter dem bestehenden Freihandelssystem stark gelitten haben, und bedeutende Staatsmänner haben es unternommen, das Volk davon zu überzeugen und mit Hilfe desselben die Handelspolitik Englands in neue Bahnen zu lenken.

Diese Bewegung gegen die Freihandelspolitik Englands reicht bis zum Ende der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Damals setzte zuerst eine Bewegung ein, die den Freihandel nur für angebracht hielt, wenn er auf Gegenseitigkeit beruhte und allgemein durchgeführt würde. Um dies durchzusetzen, forderte sie differenzielle Ausgleichszölle gegenüber der Wareneinfuhr derjenigen Staaten, welche die englische Wareneinfuhr mit hohem Schutzzoll belegten. Infolge des damals eintretenden Aufschwungs im Handel war ihr Erfolg sehr gering und sie gewann erst in den 80 er Jahren durch die Zuckerkonventionsfrage grössere Bedeutung. Man legte dieser Bewegung damals den Namen Fair Trade Bewegung bei. Im Beginn der 80 er Jahre fand diese eine konkretere Gestaltung durch die National Fair Trade League, die folgendes Programm aufstellte:

1. Aufstellung eines doppelten Zolltarifs, eines Finanz- und eines Abwehrzolltarifs.

2. Herabsetzungen des Finanzzolltarifs sind jährlich

einer neuen Revision und neuen Vereinbarungen zu unterwerfen.

3. Abwehrzoll darf keine Zölle auf Rohmaterialien für die einheimische Industrie enthalten.

4. Mässiger Zoll auf Lebensmittel, die aber aus den Kolonien frei eingeführt werden können.

5. Meistbegünstigungsklausel bezieht sich nicht auf Zollvereinbarungen zwischen England und seinen Kolonien.

6. Die Kolonien dürfen nach dem gleichen Programm verfahren.

7. Kündigung aller Handelsverträge, die dem nicht entsprechen, Abschliessung neuer.

Dies Programm wurde von der am Ruder befindlichen liberalen Partei natürlich abgelehnt. Die Aussichten dieser Partei mussten in England sehr geringe sein, weil sich dieses in seinem Ein- und Ausfuhrhandel schon damals zu stark vom Ausland abhängig gemacht hatte.

Ein Ausweg war wohl nur zu schaffen durch eine engere Vereinigung Englands mit seinen Kolonien, durch die aus politischen und ökonomischen Gründen angestrebte Gründung eines grossen Weltreichs, des so bezeichneten Greater Britain. Sehr fraglich ist es jedoch, ob auch hier nicht schon der rechte Augenblick verpasst ist und dank der Behandlung der Kolonien seitens des Freihandels den letzteren noch jetzt ein engerer Zusammenschluss mit dem Mutterland wünschenswert sein kann. Betrachten wir also einmal, wie die Freihändler die Behandlung der Kolonien in zollpolitischer Hinsicht regelten.

Die erste Regelung des Verhältnisses der Kolonien zum Mutterland war durch die Cromwellschen Navigationsakten erfolgt. Danach war den Kolonien nur der Handel von und nach dem Mutterland gestattet, jeder direkte Handel mit andern Ländern untersagt. Vielfach wurde den Kolonien sogar ein eigener Gewerbebetrieb und die Verarbeitung ihrer Rohprodukte verboten. Durch den Abfall der Vereinigten

Staaten von Nordamerika eines besseren belehrt, verzichtete England auf dieses System und erhielt sich dadurch den wichtigsten Teil seiner Kolonien, besonders Kanada. Es wurde jetzt ein System gegenseitiger Differenzialzölle im Mutterland und in den Kolonien eingeführt. Doch war der direkte Handel der Kolonien mit fremden Ländern noch einigen Beschränkungen unterworfen, die aufzuzählen hier zu weit führen würde. Dies System wurde zum erstenmal durch die Peelschen Tarifreformen verletzt, indem diese für viele Waren einen Zoll festsetzten, der dem von den Kolonien zu entrichtenden entsprach, ohne dass diese irgendeine Entschädigung dafür erhalten hätten. Diese Entwicklung ist dem wachsenden Einfluss der Freihandelslehre zu verdanken, die nur das Ziel im Auge hatte, die Kolonien möglichst auszunutzen. Man behandelte sie deshalb genau so wie das Ausland. Die englische Freihandelspartei ging direkt auf das Ziel los, die Kolonien vom Mutterland zu trennen, die sich nicht mehr in völliger wirtschaftlicher Abhängigkeit erhalten liessen. Man bereitete diese Selbständigkeit durch eine ziemlich weitgehende verfassungs- und handelspolitische Emanzipation vor. Man gab den sogenannten selbständigen Kolonien eine dem Mutterland nachgebildete parlamentarische Regierung und räumte ihr weitgehende Befugnisse in Fragen der inneren Verwaltung, Gesetzgebung und Besteuerung, bald auch in geringerem Masse freilich in Fragen der äusseren diplomatischen und kommerziellen Politik ein. Im Jahre 1849 wurde in Kanada, 1854 in den übrigen selbständigen Kolonien das Differenzialzollsystem zugunsten des Mutterlandes aufgehoben, während die Kolonien noch Differenzialzölle im Mutterland genossen. Alle in den Kolonien noch bestehenden Einfuhrverbote wurden aufgehoben und den Kolonien das Recht eingeräumt, eigene selbständige Zolltarife aufzustellen. Den älteren sogenannten selbständigen Kolonien, d. h. den nordamerikanischen, wurde in bezug auf die Abschliessung von Handelsverträgen eine

ziemlich weitgehende Berechtigung eingeräumt. Die anderen konnten Verträge nur durch Vermittlung des Mutterlandes abschliessen, brauchten sich solche aber andererseits auch nicht aufdrängen zu lassen. An den Verträgen des Mutterlandes sollten die Kolonien nur dann beteiligt werden, wenn das englische Parlament ihnen durch den Gouverneur solche Beteiligung hatte antragen lassen, und das koloniale Parlament diesen Antrag annahm. Die Auffassung vieler, dass die Kolonien die ihnen gewährte Freiheit eigener Tarifaufstellung benutzen würden, um zum Schutzzollsystem überzugehen, erfüllte sich, ohne dass sie sich dadurch, wie die englischen Freihändler meinten, schadeten. Die wenigen Differenzialzölle, die noch zugunsten der Kolonien im Mutterland bestanden, wurden gelegentlich des Abschlusses des englisch-französischen Handelsvertrages aufgehoben, so dass die Kolonien jetzt von England genau wie die anderen Staaten behandelt wurden.

Von dem Recht der sogenannten älteren selbständigen Kolonien, Handelsverträge abzuschliessen und auch Sondervergünstigungen zu gewähren, machte Kanada schon im Jahre 1854 Gebrauch, indem es mit Vermittlung des Mutterlandes, wo damals Cobden die Führung hatte, einen Gegenseitigkeitsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika abschloss, wonach die Einfuhr von Rohprodukten zollfrei sein sollte, ohne dass Kanada diese Zollfreiheit für Rohprodukte zu verallgemeinern brauchte. Der Vorteil lag damals fast ganz auf Seiten Kanadas. Aus diesem Grunde wurde der Vertrag denn auch 1866 nicht wieder erneuert, da die Union Gegenkonzessionen für ihre Industrien verlangte, die Kanada, im Uebergang zu einem ausgedehnteren Fabrikbetrieb begriffen, nicht gewähren wollte. Später versagte England stets seine Zustimmung zur Gewährung solcher Sonderbegünstigungen, da sie den Prinzipien des Freihandels widersprächen, die alle Sondervergünstigungen verböten.

Cobden hatte, während er die englische Handelspolitik

leitete, diesen Sonderbegünstigungsvertrag vermittelt und wollte dadurch ein bestimmtes System begründen, bei dem prinzipiell derartige Sondervergünstigungen vom Mutterland gestattet werden sollten. Es war dies das sogenannte limitrophe System, wonach Kolonien, die mit ihren kontinentalen Grenzen aneinander stossen, für den Grenzverkehr an diesen Grenzen, vorbehaltlich der Genehmigung des Mutterlandes, sich besondere Zollvergünstigungen, insbesondere auch Zollbefreiungen sollten gewähren können, ohne dass sie dieselben zu verallgemeinern brauchten. Cobden betrachtete dies System rein als eine innere Angelegenheit des britischen Reiches. Es sollte dies auch ein Schritt vorwärts sein, um die handelspolitische Emanzipation der sogenannten selbständigen Kolonien zu bewirken. Es sollten dadurch die einzelnen kleinen englischen Kolonien, die nicht gross genug waren, um selbständige wirtschafts- und handelspolitische Körperschaften zu bilden, in Form von Zollvereinen wirtschaftlich zusammengeschmiedet werden. So traten, freilich nach Cobden, die amerikanischen Kolonien Quebeck, Ontario, Neu-Braunschweig und Neu-Schottland zu dem Dominion of Canada zusammen, einem Bundesstaat mit parlamentarischer Regierung in den einzelnen Staaten und im ganzen Bundesstaat. Die meisten übrigen nordamerikanischen Kolonien schlossen sich nach und nach an, mit Ausnahme von Neu-Fundland. Nach Cobdens Tode wollte das Mutterland Sondervergünstigungen nach diesem System nicht mehr gestatten, wenn nicht die betreffenden Kolonien dann gleichzeitig einen richtigen Zollverein gründeten. Es machte sich dann auch eine Auffassung geltend, wonach sich zwei oder mehrere Kolonialländer zu einem Zollverein zusammentun könnten, wenn auch nur die Meeresküste eine gemeinsame war, ja, die eine der beiden Parteien konnte sogar zu einem anderen Kolonialreich gehören. Auf Grund dieses Systems bildeten Kapland und der Oranje-Freistaat, sowie das Kaiserreich Indien und Portugiesisch-Indien einen Zoll-

verein, ebenso Australien und die gegenüberliegenden Inseln bis Neu-Seeland. Von den Staaten, die mit England Meistbegünstigungsverträge abgeschlossen hatten, wurden wohl nur deshalb keine Einwände erhoben, weil die Angelegenheit tatsächlich für sie von gar keinem Belang war. Die Gewährung von Zollvergünstigungen ohne Bildung eines Zollvereins gestattete England dagegen nicht mehr.

Neben diesen Bestrebungen, die geographisch zusammenliegenden Kolonien auch politisch und kommerziell zusammenzufassen, laufen nun seit Mitte der achtziger Jahre Bestrebungen, um das Band zwischen den selbständigen Kolonien und dem Mutterlande wieder zu einem engeren zu machen. Die erste Anregung gab dazu anfangs der siebziger Jahre der neuseeländische Finanzminister Julius Vogel, der aber weiter keine Beachtung fand. Eine festere Gestalt erhielt diese Idee dann 1884 durch die Imperial Federation League, welche die Umwandlung der bisherigen Kolonialverfassung in eine Staatenbunds- oder sogar Bundesstaatsverfassung erstrebte. Der gewünschte engere Anschluss der Kolonien an das Mutterland fand jetzt Beifall, weil man zu der Erkenntnis gekommen war, dass Englands Kolonien doch noch ausgenutzt werden könnten, da sie dank der äusserst schnellen Entwicklung der Verkehrsmittel zu einem grossartigen Ausbeutungsfeld für den überflüssigen Kapitalreichtum Englands geworden waren Die Kolonien dagegen waren es zufrieden, dass sie mit den reichen Kapitalien Englands in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung unterstützt wurden und politischen und militärischen Schutz ohne eine einigermassen entsprechende Entschädigung genossen. Man glaubte jedoch einer völligen Umgestaltung der Reichsverfassung nicht zu bedürfen, denn England wollte den Kolonien die Gleichberechtigung nicht zugestehen und die Kolonien wollten sich ihre schon erreichte Selbständigkeit nicht verringern lassen. Deshalb gab man den Gedanken an eine

Bundesstaats- oder Staatenbundsverfassung wieder auf und versuchte zuerst einigen auf beiden Seiten schwer empfundenen Missstände abzuhelfen. Das Programm, das die Imperial Federation League damals aufstellte, lautete also dahin, dass die Kolonien nicht nur wie bisher eine Landarmee halten sollten, sondern auch zu den Kosten der Kriegsmarine beitragen sollten, dafür aber in allen Fragen der Reichsverteidigung im Reichsparlament stimmberechtigt sein sollten. Das damalige Ministerium Salisbury schwächte diesen Gedanken noch ab und schlug vor, dass je nach Bedürfnis Konferenzen von Vertretern aller selbständigen Kolonien und des Mutterlandes stattfinden sollten, die nur gutachtliche, keine bindenden Beschlüsse fassen sollten und diese erst dem Parlament der betroffenen Kolonien und des Mutterlandes zur Annahme vorlegen sollten. Die erste Konferenz auf dieser Grundlage wurde im Frühjahr 1886 abgehalten und empfahl im Interesse der Reichsverteidigung die Heranziehung der Kronkolonien mit grösseren Zuschüssen zur Erhaltung der Kohlenstationen, sowie der Erbauung, Instandhaltung und Bemannung einer Reihe von Kriegsschiffen durch die australischen Kolonien, die nur in den australischen Gewässern Verwendung finden sollten. Diese Beschlüsse wurden von den beteiligten Kolonien auch angenommen und durchgeführt. Wichtiger für uns ist, dass auch die zollpolitischen Fragen von dem Vertreter für Queensland gestreift wurden, der unter heftigen Ausfällen gegen die Freihandelspolitik Einführung von Differenzialzöllen im Mutterland und in den Kolonien zu gunsten dieser beiden verlangte. Da die Vertreter der anderen Kolonien sahen, dass England darauf nicht eingehen würde, so blieben diese Anregungen erfolglos. Ferner tauchten in dieser Konferenz der Gedanke an einen Reichszuschlagszoll, sowie an ein Reichsparlament wieder auf. „Doch da die Regierung sich vollkommen passiv dabei verhielt, hatten all die noch gemachten Vorschläge keinen Erfolg. Die Bewegung der Imperial Federa-

tion League erhielt erst um die Wende des Jahres 1890/91 einen neuen Anstoss durch eine Reihe unliebsamer Vorgänge in der Kolonie Neu-Fundland, welches mit der Union einen Fischereivertrag abgeschlossen hatte, gegen den Kanada protestierte, so dass die englische Regierung ihm die Zustimmung versagte. Aus diesem Grunde wollte sich Neu-Fundland an Kanada rächen und so kam es infolge der gegenseitig erfassten Massnahmen zu einem regelrechten Zollkrieg, ohne dass das Mutterland eine Handhabe fand, für die Beilegung desselben zu sorgen. Dazu kam, dass die liberale Partei Kanadas auf das limotrophe System gestützt, mit Nordamerika in einen Zollverein eintreten wollte. Damit war die Gefahr vorhanden, dass Kanada sich ganz von England losriss und eine Vereinigung mit der Union einging. Die konservative Industriepartei war aber mit einer solchen Vereinigung nicht einverstanden, da sie den Untergang der aufblühenden kanadischen Industrie bedeutet hätte und da bei den gerade bevorstehenden Neuwahlen zum Parlament diese Partei siegte, war die Gefahr noch einmal abgewendet. Damit hatte aber die Bewegung, die einen Zollverein für das ganze britische Reich erstrebte, einen neuen Ansporn zur Betätigung gefunden. Die Imperial Federation League forderte jetzt von der Regierung die Kündigung des belgischen und deutschen Handelsvertrages, der nur mit Weglassung der Klausel erneuert werden sollte, welche den britischen Kolonien die Einräumung von Sondervergünstigungen verbiete. Auf die Interpellation im Unterhaus erklärte darauf der Minister Sir Hicks Beach, jene Klausel bände nur das Mutterland, nicht die Kolonien unter sich und fremden Staaten gegenüber. Daraufhin stellten die Anhänger der Liga im Ober- und Unterhaus den Antrag auf Einberufung von Delegierten der Kolonialregierungen zu einer Konferenz, die sich begutachtend über folgende drei Punkte äussern sollte: Förderung des Handels innerhalb des britischen Kolonialreiches, Aufbringung eines Fonds für die Zwecke der Reichs-

verteidigung, Einführung von Retorsionszöllen gegenüber den Schutzzoll erhebenden Staaten. In beiden Häusern erfuhr die Liga jedoch eine Niederlage mit ihren Anträgen. Die Anhänger der Zollvereinssache traten jetzt zu einer engeren Liga, der United Empire Trade League, zusammen. Sie arbeiteten agitatorisch darauf hin, dass alle Vertragsbestimmungen beseitigt würden, die Sondervergünstigungen zwischen dem Mutterlande und den Kolonien ausschliessen. In einer Konferenz der Deputierten aller Handelskammern des Reichs erklärten sich sieben Handelskammern für dies Programm. Erfolge hat diese ganze Bewegung bis zum heutigen Augenblick eigentlich nicht zu verzeichnen gehabt, wenn man nicht dazu rechnen will, dass ihr Anhang sich langsam aber beständig vermehrt.

Vorläufig sind noch immer die Anhänger des Freihandels in England am Ruder, die (noch immer) eine vollkommene Ablösung der Kolonien vom Mutterland für wünschenswerter halten, als die Bildung eines grossen imperialistischen Reiches. Sie hegen dabei wohl noch immer die bis jetzt durch keinen Erfolg bewiesene Hoffnung, dass sich die Kolonien, wenn sie selbständig geworden sein werden, dem Freihandel zuwenden werden. Dasselbe hatten freilich die Freihändler von allen europäischen Staaten erhofft, ohne dass ihre Hoffnung sich erfüllt hätte.

Der in England herrschenden Stimmung Rechnung tragend, bezeichnen sich auch die jüngsten Führer der Bewegung zur Gründung eines Greater Britain nicht als Gegner des Freihandels im Prinzip, obgleich sie im Gegensatz zu den Freihändlern eine Aenderung der englischen Handelspolitik den englischen Kolonien gegenüber erstreben, um die Grösse und Bedeutung Englands in wirtschaftlicher und politischer Beziehung zu erhalten und zu befestigen. Die führenden Geister dieser Bewegung sind Balfour und Chamberlain, während Lord Rosebery und seine Anhänger die Idee vertreten, dass sich die Bildung eines Gesamtreichs, gebildet

aus England und seinen Kolonien, durchführen lasse, ohne dass man das handelspolitische System Englands zu reformieren nötig habe, während gerade diese Reform das einzige Mittel ist, welches greifbare Fortschritte und Resultate zeitigen kann.

Ein Reichsparlament, in welchem die Vertreter der sich selbstverwaltenden Kolonien Sitz und Stimme haben sollen, steht in weiter Ferne und wird wohl nie zur Wirklichkeit werden, wenn nicht beide Teile das Band umschlingt, welches sie eng an einander zu fesseln vermag, die Anerkennung und Begünstigung ihrer wirtschaftlichen Interessen.

Balfour und der noch weittragendere Pläne hegende Chamberlain haben das richtig erkannt und ihr Programm danach sachgemäss entwickelt.

Der Freihandel ist für England nicht mehr zeitgemäss und wenn England trotzdem seine führende politische und wirtschaftliche Stellung unter den anderen Grossmächten noch nicht hat aufgeben müssen, so liegen die Gründe dafür auf anderem Gebiet.

Und zwar ist der erste und gewichtigste Grund der, dass England vom Ausland sehr viel Geld für geliehene Kapitalien zu fordern hat. Diese Schuld bezahlt das Ausland mit Hilfe seiner Einfuhr nach England. Dazu kommt, dass es in der Welt doch auch grosse Gebiete gibt, die keine Schutzzollpolitik treiben, und solche, die noch nicht vollkommen schutzzöllnerisch regiert und verwaltet sind.

Begnügt man sich aber nicht damit, nur die Verhältnisse und Zustände im gegenwärtigen Augenblick zu betrachten, sondern versucht, sich ein Bild von der Zukunft zu machen, so kann man mit grosser Gewissheit vorhersagen, dass sich die angeführten Gründe immer mehr zu Ungunsten Englands umgestalten werden.

Die dem Ausland geliehenen Kapitalien haben für England insofern eine ungünstige Wirkung gehabt, als sich mit Hilfe dieser dem Ausland überlassenen oder im Ausland

angelegten Kapitalien Industrien begründet oder entwickelt haben, die den englischen Industrien scharfe Konkurrenz machen.

Dass durch die Aufziehung und Heranbildung dieser Konkurrenz ein Teil der britischen Geschicklichkeit und des britischen Kapitals gefährdet und vernichtet wird, bedarf wohl keiner weiteren Ausführungen und Beweise. Und was den zu zweit angeführten Grund anlangt, so bestehen die Freihandelsgebiete, die ausser England noch vorhanden sind, aus solchen Ländern, die theoretisch wohl schutzzöllnerisch sind, nicht aber in der Praxis, weil der Mangel einer einheimischen Fabrikation die Einfuhr notwendig macht, oder aus solchen Ländern, deren Tarifsystem aus historischen Gründen mehr oder weniger von einer internationalen Kontrolle abhängig geworden ist, oder aus den Vasallenstaaten, Kronkolonien und Schutzgebieten des britischen Reichs. Bei den zuerst genannten Ländern hängt es von dem Charakter der inländischen Hilfsmittel ab, sowie ferner von der Errichtung und Heranbildung einer eigenen Industrie, ob sie noch sehr lange dem Freihandelsprinzip treu bleiben werden. Bei den anderen beiden Gruppen beruhen die diplomatischen und territorialen Rechte Englands in letzter Linie auf militärischer Machtentwicklung, ohne diese werden sie früher oder später einmal von einer der grossen Schutzzollmächte aufgesogen werden, an die sie grenzen. Damit würde dann natürlich ihr Markt den Engländern verloren gehen. Aus dieser Ueberlegung ergibt sich ganz klar und deutlich die Antwort auf die Frage nach dem Verhalten Englands für die Zukunft. Denn ein Verlust an freihändlerischem Gebiet ist stets zu erwarten und wird mit Sicherheit auch eintreten, während ein Wachstum des freihändlerischen Gebietes sehr unwahrscheinlich, wenn nicht völlig ausgeschlossen ist.

Wie wir mit Beweisen belegt haben, ist Englands Aussenhandel nicht mit dem Wachstum Englands und noch weniger mit dem viel schnellerem Wachstum einiger Abnehmer Englands gleichen Schritt gegangen. Im Gegenteil ist auf einigen

Gebieten ein Wachstum überhaupt nicht bemerkbar, auf anderem Gebiete zeigen sich direkte Symptome des Verfalls und des Rückgangs. Den Grund dafür sucht Balfour aber nicht, wie die meisten anderen Politiker, die sich damit beschäftigen, „in der Natur der Dinge", in der immer weiter sich ausdehnenden Industrialisierung der Welt, sondern in dem Umstande, dass die Zölle immer mehr steigen, die Schutzzollpolitik immer weiter um sich greift.

Man behauptet vielfach, dass für den Ausfall im Auslande der einheimische Markt entsprechend höheren Gewinn verschaffe, und dass der Stillstand oder Rückschritt in den Stapelindustrien reichlich aufgewogen werde durch die Mannigfaltigkeit der Güter, welche England jetzt für seine Abnehmer herstellt. Balfour betrachtet dies als ein Zeichen dafür, dass der Freihandelsstaat sich grosse Mühe gibt, seine Industrie derart zu ändern, dass sie den Wall der ausländischen Zolltarife zu durchbrechen vermag. Es sind das also nur Folgeerscheinungen des Schutzzolls, und es bedeuten demnach die industriellen Wandlungen zweifellos einen wirtschaftlichen Verlust.

Zu beachten ist ferner, dass ein Vorteil des Schutzzolls darin besteht, dass er den Fabrikanten erlaubt, den Ueberschuss ihrer Fabrikation in der Fremde zu verwerten, wo sie ihn zu viel niedrigeren Preisen verkaufen können, als in der Heimat, wo ihre fast einem Monopol gleichende Stellung ihnen gestattet, höhere Preise zu erhalten. Die Preise im Auslande werden die Fabrikanten immer noch so stellen können, dass das gesamte Geschäftserträgnis sowohl im Inland, wie im Ausland ein genügendes bleibt. Viel schwieriger, wenn nicht ganz unmöglich, ist es dem Fabrikanten im Freihandelsland, den heimischen Markt zu beherrschen. Er wird nicht imstande sein, zwei Preise für seine Waren zu erhalten, einen hohen Preis im Inland und einen niedrigen im Ausland. So ist der Fabrikant, der durch keinen Schutzzoll gesichert ist, Angriffen und Unterbietungen nicht nur

im Ausland, sondern auch im Inland ausgesetzt, gegen die anzukämpfen ihm sehr schwer fällt.

Balfour kommt bei seinen Ueberlegungen und Ausführungen zu dem Resultat, dass der Schaden, den die anderen Länder den freihändlerisch regierten antun und antun werden, auf den Schutzzoll zurückzuführen ist. Ebenso können das drohende Zusammenschrumpfen der bestehenden Freihandelsgebiete, die wachsende Härte der Zölle in schutzzöllnerischen Gebieten, die Unsicherheit und der Verlust, den die durch den Schutzzoll unterstützten Trusts dem in England angelegten britischen Kapital zufügen und zufügen werden, England nur schaden. Es ist daher die erste und wichtigste Aufgabe der leitenden Staatsmänner, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie diesen Schäden zu begegenen ist. Nach Ansicht Balfours und seiner Anhänger kann England nur dergestalt Abhilfe finden, dass es sich vom Freihandel lossagt. Dann kann es von den schutzzöllnerisch regierten Staaten wieder Zugeständnisse zu erlangen suchen, die ihm neue Märkte, neue Absatzgebiete und ein neues Feld für seine wirtschaftliche Betätigung eröffnen.

Chamberlains Plan, den Kolonien eine Vorzugsbehandlung zu gewähren und die englische Fiskalpolitik zu ändern, sollte auch nur ein freilich unerlässliches, in seiner Wirksamkeit durch nichts anderes zu ersetzendes Mittel sein, den politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluss der getrennten Reichsteile zu einem einzigen Staatsganzen zu ermöglichen. Je mehr Englands lange Zeit privilegierte wirtschaftliche Weltstellung unter dem Wettbewerb fremder Länder zu leiden begann, um so stärker machte sich das Bedürfnis geltend, die politischen und wirtschaftlichen Bande zwischen dem Mutterland und den Kolonien enger zu knüpfen und jede Trübung in den gegenseitigen Beziehungen zu vermeiden. Die kolonialen Märkte sollten vermöge ihres wachsenden Bedarfs für England einen Ersatz der ihm immer mehr verloren gehenden heimischen und auswärtigen Märkte ge-

währen. Sollten zum Beispiel kriegerische Verwicklungen das alte Mutterland gefährden, so glaubte man es für vorteilhaft halten zu dürfen, wenn man der materiellen und moralischen Hilfeleistung der überseeischen Länder sicher sei. Die Versorgung des Mutterlandes mit Getreide aus den Kolonien spielt dabei die grösste Rolle. Chamberlain regte dann auch im Jahre 1902 von neuem eine Zusammenkunft der Premierminister der sich selbst verwaltenden Kolonien in London an, die über einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluss der getrennten Reichsteile beraten sollte. Die auswärtige Presse leugnete damals vielfach das praktische Ergebnis dieser Konferenz ab, weil eine Reihe von Fragen rein politischer Natur, vor allem die einer gemeinsamen Reichsverteidigung, eines Reichsbundesrates und eines obersten Reichsgerichtshofes, die Anbahnung der wirtschafts- und zollpolitischen Einheit, also die Verständigung auf dem Gebiete der materiellen Interessen zur notwendigen Voraussetzung hatte.

Wie schon erwähnt, behauptete Chamberlain, dass der wirtschaftliche Aufschwung, den Englands gefährlichste Konkurrenten, so die Vereinigten Staaten und das deutsche Reich, nähmen, dem Aussenhandel und der Grossindustrie Englands, also den beiden Faktoren, auf denen seine Machtstellung vornehmlich beruhe, einen enormen Schaden zufüge. Der Schaden sei so gross, dass die ausserordentliche wirtschaftliche Erstarkung dieser Staaten nicht allein dafür verantwortlich gemacht werden könne, vielmehr sei er besonders der verschärften Rückwirkung zuzuschreiben, die die Konkurrenz der fremden Nationen auf das Inselreich infolge seines handelspolitischen Systems und der diesem innewohnenden wirtschaftspolitischen Wehrlosigkeit übe.

Obgleich Chamberlain garnicht daran dachte, die theoretische Begründung der Freihandelspolitik in Zweifel zu ziehen, sich vielmehr als Anhänger des Freihandels zwischen

den getrennten Teilen des britischen Reiches, ja sogar als Anhänger des Freihandels mit dem Ausland bekannte, freilich nur dann, wenn er auf ehrlicher Wechselseitigkeit beruht, so drängte sich ihm doch die Ueberzeugung auf, indem er die wirtschaftliche Weltlage und die wachsende schutzzöllnerische Tendenz der fremden Staaten gewahrte, dass England durch zu starres Festhalten an seinem Wirtschaftssystem die Welt so wenig zum Freihandel zu bekehren hoffen könne, als es dies in den letzten 60 Jahren getan, und dass der angestrebte Zusammenschluss der Länder der britischen Krone zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet ohne eine Reform der Handelspolitik des Mutterlandes eine bare Unmöglichkeit sei. Auf Grund eingehender Untersuchungen und Ueberlegungen kam er zu dem Ergebnis, dass eine Veränderung des handelspolitischen Systems allein die Wunden heilen könne, die Englands Ausfuhrhandel und Industrie durch die starre Befolgung seines alten Systems der freien Importe seit einer langen Reihe von Jahren erlitten habe. Die in der Konferenz im Sommer 1902 von den Premierministern der Kolonien gefassten Beschlüsse bedeuten nun zwar noch keine definitive Lösung, aber sie zeigen doch deutlich den Weg, auf dem diese zu suchen ist. Die Beschlüsse dieser Konferenz lauten folgendermassen:

1. Die Konferenz erkennt an, dass die grundsätzliche Einräumung der Vorzugsbehandlung in dem Warenverkehr zwischen dem vereinigten Königreich und den überseeischen Besitzungen Sr. Majestät den beiderseitigen Handelsverkehr anregen und erleichtern und so durch Entwicklung der Hilfsquellen und Betriebsamkeit in den verschiedenen Teilen zur Kräftigung des Gesamtreiches beitragen würde.
2. Die Konferenz betrachtet die Durchführung eines allgemeinen Freihandelssystems zwischen dem Mutterlande und den überseeischen Besitzungen unter den Verhält-

nissen, in welchen sich gegenwärtig die Kolonien befinden, als untunlich.

3. Im Hinblick auf die angestrebte Vermehrung des Warenverkehrs innerhalb der Reichsgrenzen indessen erachtet sie es als wünschenswert, dass diejenigen Kolonien, welche sich zu einem derartigen Vorgehen nicht schon entschlossen haben, den Erzeugnissen des Vereinigten Königreiches und den daselbst gefertigten Waren, so weit ihre Verhältnisse dies erlauben, eine wesentliche Bevorzugung zuteil werden lassen.
4. Die Premierminister der Kolonien erklären es in voller Ehrerbietung aber in der nachdrücklichsten Weise gegenüber Sr. Majestät Regierung für ratsam, den Erzeugnissen der Kolonien und den daselbst verfertigten Waren von Seiten des Vereinigten Königreichs eine Vorzugsbehandlung durch Befreiung von den jetzt oder später aufzuerlegenden Zöllen bezw. eine Herabsetzung derselben zuzugestehen.
5. Die in dieser Konferenz beteiligten Premierminister verpflichten sich, ihren resp. Regierungen bei der ersten sich bietenden Gelegenheit den grundsätzlichen Inhalt der obigen Beschlüsse vorzulegen und sie zur Ergreifung von Massnahmen aufzufordern, wie sie zur Verwirklichung jener erforderlich sind.

Dass die Konsolidierung des britischen Reiches, wenn sie auf dauerhafte Weise gesichert sein soll, keinem Zwang, sondern lediglich dem freiwilligen Entschluss der Kolonien allein zu verdanken sein muss, ist sowohl die Ansicht Chamberlains wie die Balfours.

Letzterer geht, um auch den Schein irgendeiner Beeinflussung zu vermeiden, so weit, dass er das von einer künftigen Konferenz der leitenden Staatsmänner der einzelnen Reichsteile zu gewärtigende Uebereinkommen der im Wege eines nochmaligen Appels an die Wählerschaften einzuholenden Genehmigung vorbehalten wissen will.

Er sagte in einer seiner Reden zu Edinburgh: „Ich bin voll Zuversicht, dass ein Uebereinkommen zustande zu bringen sein wird, und bin andererseits zu sehr besorgt für den Fall, dass ein derartiges Uebereinkommen zustande käme ohne die allgemeine Zustimmung aller hierbei in Betracht kommenden, sich selbst regierenden Gemeinwesen hinter sich zu haben, dass ich nicht wünschen kann, die öffentliche Meinung mit dieser Angelegenheit in einer hastigen Weise befasst zu sehen. Was wir nötig haben, ist dauerhafter Natur, und das, wonach wir alle streben sollten, ist, uns jenem grossen Ziel mit der weisesten Vorsicht zu nähern, die jeden einzelnen Beteiligten fühlen lässt, dass er nicht an einem vergänglichen Werke baut, das eine Schwenkung der öffentlichen Meinung oder eine zeitweilige Mehrheit umzustürzen vermag und dass vielmehr auf der vollen Uebereinstimmung der grossen, sich selbst regierenden Gemeinwesen fest gegründet ruht.“

Der Weg zu diesem Uebereinkommen ist durch die Konferenz der Premierminister angebahnt. Wenn nun auch die Gegner der Chamberlainschen Pläne behaupten, dass der Handel Englands mit den britischen Besitzungen nur klein sei, so entfällt doch nach statistischer Aufnahme schon jetzt etwa ein Drittel des Handels auf die Kolonien, wobei noch zu berücksichtigen ist, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung in den Kolonien der weissen Rasse angehört und europäische Konsumbedürfnisse hat. Mit Recht stehen die Anhänger Chamberlains auf dem Standpunkte, dass nicht die augenblickliche Lage massgebend sei, sondern die Entwicklungstendenz.

Die Bevölkerung in den Kolonien nimmt von Jahr zu Jahr rapide zu, ebenso die Auswanderung nach den Kolonien, die z. B. im Jahre 1902 nach Kanada 67 379 Personen, 1903 schon 128 364 und 1904 dann 134 223 betrug.

Ferner stellten die Anhänger Chamberlains fest, dass die Kolonien der Kopfzahl nach viel stärker von England

kaufen als die anderen Länder. So betrug nach den Angaben des Chamberlainschen Tarifkomitees der Wert der Einfuhr aus Grossbritannien pro Kopf nach Deutschland, Holland und Belgien Lstr. 0.11.8, nach Frankreich 0.8.0, nach den Vereinigten Staaten nur 0.6.3, dagegen nach Natal 8.6.0, nach der Kapkolonie 6.19.6, nach Australien 5.5.6, nach Neuseeland 7.5.7, nach Kanada 1.18.4.

Während die Ausfuhr nach den übrigen Ländern sich ungefähr gleich geblieben ist, hat sich die Ausfuhr nach den Kolonien stetig gehoben. Es betrug dieselbe:

	Nach den britischen Kolonien	Nach anderen Ländern
1861	42,2	82,9
1872	60,6	195,7
1890	87,4	176,2
1896	84,1	156
1900	94,4	196,8
1904	112	188,8

Was England von seinen Kolonien empfängt, besteht in der Hauptsache aus Hilfsstoffen für seine Industrie und aus Nahrungsmitteln für seine Bevölkerung, während England an die Kolonien einen immer wachsenden Bestandteil der wertvollsten Zweige seiner gewerblichen Produktion sendet. So gingen im Jahre 1903 von dem im vereinigten Königreich gewonnenen Produkten und verfertigten Waren nahezu zwei Fünftel des Wertes, 111,2 Millionen von 290,8 Millionen Pfund Sterling nach den Kolonien. Wie wir schon gesehen haben und hier der Uebersichtlichkeit wegen noch einmal wiederholen, empfingen sie von Webstoffen und Geweben 40,6 Millionen Pfund Sterling (36,4 % aller exportierten), von Metallen und Metallwaren 17,1 Millionen Pfund (45,7 % aller exportierten), von Maschinen 7,7 Millionen (38,5 % aller exportierten), von Bekleidungsgegenständen 6,3 Millionen (82,9 % aller exportierten) usw., von Hilfsstoffen für die In-

dustrie dagegen bloss 3 Millionen oder 8,5 % des gesamten heimischen Exports. Es sind alle Voraussetzungen vorhanden, um dem Handelsverkehr Englands mit seinen Kolonien in der Zukunft eine unbegrenzte Entwicklung zu geben. Denn in demselben Mass, in welchem die Bevölkerung jener heute noch dünn bevölkerten ungeheuren Gebiete durch Zuwanderung und Vermehrung wächst und immer neue Länderstrecken angebaut werden, muss die Versorgung des Mutterlandes mit Hilfsstoffen für seine Industrie und Nahrungsmitteln von seiten der Kolonien immer reichlicher werden, die Aufnahmefähigkeit des kolonialen Marktes für die gewerblichen Erzeugnisse des Mutterlandes wachsen. Infolge der wirtschafts- und zollpolitischen Verhältnisse können diese günstigen Aussichten für eine immer intensivere Ausgestaltung der Handelsbeziehungen zwischen Mutterland und Kolonien nicht zur Geltung kommen. Dass die Absicht der Kolonien mit England in engere wirtschaftliche Beziehungen zu kommen, ernst zu nehmen war, bewies zuerst Kanadas Vorgehen. Es gewährte im Hinblick auf den grossen Wert, den der offene englische Markt für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse hatte, den englischen Waren im Jahre 1898 aus freien Stücken einen Nachlass des Einfuhrzolls und erhöhte diesen im Jahre 1900 auf $33^1/_3$ %. Der Erfolg war der, dass sich der englische Export dorthin um ungefähr $^1/_3$ hob. Die Kapkolonie folgte Kanadas Beispiel und gewährte 25 % Nachlass und Australien stellte ein ähnliches Vorgehen in Aussicht. Aber alle diese Kolonien erklärten, dass ein weiteres Vorgehen in dieser Richtung, ja selbst die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes, davon abhängig sei, dass England ihnen auch seinerseits eine analoge Vorzugsbehandlung in Aussicht stelle. Denn ihre Absicht ist es nicht, das Aufkommen resp. die Weiterentwicklung ihrer schon bestehenden Industrien zu untergraben.

Es liegt also in Englands eigenstem Interesse seine Handelspolitik zu ändern und sich die Chamberlain-Balfour-

schen Kolonialpläne zu eigen zu machen. Freilich ist für die Verwirklichung dieser Pläne in der nächsten Zeit noch wenig Aussicht vorhanden. Denn bis jetzt stehen den Plänen in England noch die Arbeiterparteien feindlich gegenüber, die von der Durchführung derselben eine erhebliche Erhöhung der Kornzölle den anderen Staaten, insbesondere Amerika gegenüber befürchten. Den Arbeitern ist aber natürlich eine Verteuerung der Lebensmittel nicht gleichgültig. Sie sagen sich, dass Schutzzölle nur diese, nicht aber die Preise für die Waren englischer Fabrikation erhöhen würden, infolgedessen wohl auch die Löhne kaum steigen würden, während bei dem augenblicklichen Zustand die Gewerkvereine dafür sorgten, dass die Löhne nicht sänken.

Ferner gehören zu den Gegnern der Chamberlainschen Handelspolitik die Handels- und Schiffahrtskreise, sowie alle im Vermittelungs- und Transportgewerbe beteiligten Interessengruppen, weil ihrer Meinung nach der kleinere Teil des britischen Handels, nämlich derjenige mit den Kolonien, zum Nachteil des grösseren besser behandelt und bevorzugt werden soll. Und darin stimmen auch Balfour, Chamberlain und die Vertreter der Kolonien überein, dass von beiden Teilen, vom Mutterland sowohl wie von den Kolonien, in der ersten Zeit werden Opfer gebracht werden müssen, die freilich in späterer Zeit das Blatt zugunsten des britischen Imperiums wenden werden.

VII.

Kritik der englischen Schutzzollbewegung und ihr Einfluss auf den Weltmarkt und die Handelspolitik der wichtigsten europäischen Staaten.

Versuchen wir nun zu einer Beurteilung der Chamberlain-Balfourschen Reformvorschläge zu gelangen.

Für die Beurteilung der Handelspolitik Englands sowohl wie eines jeden Staates ist ja natürlich der Standpunkt, auf dem man steht und von dem aus man die Vor- und Nachteile abwägt, von entscheidender Bedeutung. Einen ganz objektiven, nach allen Seiten und Richtungen hin unabhängigen Standpunkt einzunehmen, ist dabei kaum möglich. Will man die Handelspolitik so lenken, dass sie dem gegenwärtigen Geschlecht, also dem Augenblick die grössten Vorteile bringt, so wird man sie nicht selten anders einzurichten und zu raten haben als für den Fall, dass man bei seiner Handelspolitik auch die zukünftige Entwicklung und ihre Folgen für die Zukunft ins Auge fasst. Dann muss natürlich jedes Parteiinteresse schwinden und man darf nur das Ganze und dessen Wohl und Sicherheit im Auge haben. Einen anderen Rat wird man geben müssen, wenn man an den Bestand der einzelnen Nationen als Selbständiges glaubt, einen anderen, wenn man an eine Zukunft glaubt, in der alle Menschen eine Nation bilden werden, in welcher alle Nationalitätsunterschiede geschwunden sein werden. Bleiben wir auf festem Boden stehen und suchen wir zu ergründen, welche Handels-

politik der englischen Nation als solcher einen Bestand von Dauer und Glück verleihen kann.

Jedes der beiden Systeme kann, das unterliegt keinem Zweifel, je nach Zeit, Raum und Umständen berechtigt sein, ja eins kann möglicherweise unter veränderten Verhältnissen das andere vorteilhaft ablösen. Doch muss man dabei die Frage einer eingehenden Beurteilung unterziehen, ob diese oder jene Wirtschaftspolitik der Nation, die sie anwenden will, Existenz und Fortdauer sichern kann, sowie ob sie die ökonomische Erziehung der Nation fördern kann. Bei Einführung neuer Zölle ist ferner sehr gewissenhaft zu prüfen, ob dieselben sozialpolitisch zu rechtfertigen sind. Sollen die Zölle dazu verhelfen, die industrielle und damit politische Selbständigkeit eines Volkes herbeizuführen, so wird man sie billigen und gutheissen dürfen. Dabei kann man nur sehr schwer einen Unterschied zwischen Industrie und Landwirtschaft, was die Zölle anbetrifft, machen. Ist die Produktion eines Landes so speziell ausgestaltet, dass es mit anderen Ländern nicht zu konkurrieren hat, so wird und kann die Richtung der Handelspolitik sich dem Freihandel zuwenden. Ist aber die Gestaltung der Produktion aus geschichtlichen und natürlichen Gründen eine solche, dass auf dem in- und dem ausländischen Markt die Konkurrenz mit anderen Ländern aufzunehmen ist, dann muss die äussere Handelspolitik sich vom Freihandel abwenden, wenn die ausländische Konkurrenz infolge längerer Entwicklung überlegen ist, sei es nun, dass ihr natürliche Umstände oder politische Ereignisse einen derartigen Vorsprung verschaffen.

Angebracht ist der Schutzzoll in all solchen Fällen, wo er eine der Gesamtheit unentbehrliche Leistungsfähigkeit zu erhalten oder eine der Gesamtheit zuträgliche dauernde Steigerung der Leistungsfähigkeit der inländischen Produktion herbeizuführen imstande ist. Während der Schutzzoll den Produzenten beschützt, bietet der Freihandel dem Konsumenten Vorteile, da jedoch das Produzieren dem Kon-

sumieren vorangeht, ist es Aufgabe des Staates für die Erhaltung der Produktion zu sorgen, wenn er sich nicht selbst in unabsehbare Gefahren und in völlige Abhängigkeit von andern Staaten stürzen will. Es ist ja doch ganz verständlich, dass Staaten, welche die Rohstoffe für ihre Fabrikate selbst produzieren, im internationalen Wettbewerb solche, die das nicht tun, in der Regel werden unterbieten können. Es beruht die ganze Kunst der industriellen Entwicklung einer Nation auf einer sorgfältig durchdachten, vernünftigen Anwendung der Schutzgesetze und auf einer kunstvollen und planmässigen Benutzung und Regulierung derselben.

Durch eine vernünftige Anwendung des Schutzzolls, der nicht nur auf die direkt von ihm betroffenen Industrien, sondern auch auf die im Zusammenhang mit diesen stehenden Einfluss hat, kann man den heimischen Markt für die heimische Produktion reservieren.

Betrachtet man die letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts, so erkennt man, dass die enormen Fortschritte, welche die Technik machte, die Verbesserungen im Verkehrswesen, das Wachstum der Bevölkerung eine von Tag zu Tag sich steigernde wirtschaftliche Konkurrenz der einzelnen Staaten gegeneinander bewirkte. Es wurde für die Länder mit grossen Industriezweigen immer schwieriger ihren Export auszudehnen. Daher wollte man sich in richtiger Ueberlegung der Verhältnisse wenigstens überall den inneren Markt sichern und zog dazu vermittels der Schutzzollpolitik der Einfuhr von aussen Schranken.

Man hatte das Empfinden, dass England nicht so sehr durch seiner Bewohner wirtschaftliche Tüchtigkeit, als vielmehr durch seine kluge Politik, durch Hemmung der Konkurrenten, durch kleine Mittel aller Art, aber auch durch grosse politische und wirtschaftliche Fehler seiner Konkurrenten, vor allen Dingen Deutschlands, sich so glänzend entwickelt hatte. Dass auch England Schutzzollpolitik getrieben hatte, haben wir schon oben erwähnt. Auch die

Ideen und Absichten, die England mit seiner Freihandelspolitik verfolgte, haben wir geschildert.

Zu erwähnen ist noch, dass auch die Befürworter der englischen fair trade Bewegung, wie sie ihre Agitation für Schutzzölle nennen, weil sie mit dem wahren Namen ihrer Absichten noch nicht hervorzutreten wagen, sich dessen wohl bewusst sind, wie sehr die Einführung der Kornzölle jetzt, nachdem man die Abhängigkeit vom Auslande so weit hat kommen lassen, die Industrie und die Ernährung des Volkes gefährden würde, wenn man nicht an einen ausreichenden Ersatz denken könnte. Daher wollen sie durch ihre Handelspolitik besonders den Getreidebau in den Kolonien zu fördern suchen. Sie denken darum zunächst nur an einen mässigen Getreidezoll, während die Kolonien ihr Getreide zollfrei einführen sollen. In dem Masse dann, wie in England selbst und seinen Kolonien sich der Getreidebau hebt, soll der Getreidezoll gesteigert werden. Dabei wird aber wohl von den Leitern der fair trade Politik übersehen, dass alle englischen Kolonien, die für den Export von Getreide überhaupt in Betracht kommen könnten, Indien, Australien, Südafrika und Kanada, nicht genügend Getreide auf den englischen Markt zu liefern vermögen, und dass auch der Wiederaufbau des englischen Getreidebaus selbst ein äusserst mühevoller sein würde, so dass es fraglich ist, ob nicht jeder Getreidezoll, der so hoch ist, dass er überhaupt schutzzöllnerisch wirken könnte, nicht schon die englische Industrie und die Ernährung des Volkes schwer gefährden könnte. Mit anderen Worten, die Frage, ob es für England ein Zurück von der Freihandelspolitik in bezug auf die Volksernährung noch gibt, wird von den Befürwortern eines solchen Schrittes wohl nicht genügend erwogen. Dazu kommen für die Verwirklichung des Chamberlain-Balfourschen Planes noch weitere Schwierigkeiten. England will in bevorzugter Weise, sagt man, seine Lebensmittel und seine Rohprodukte aus seinen Kolonien beziehen. Ja, aber jene Kolonien wollen doch nicht Agrar-

staaten bleiben, sie wollen Industriestaaten werden und haben zum Teil schon den ersten Schritt zu diesem Uebergang gemacht. Sehr viele Kolonien weist ihre Lage viel mehr auf rege Handelsbeziehungen zu ihren Nachbaren, als zum Mutterlande hin, es gilt dies insbesondere für die fortgeschrittenste Kolonie Kanada. Der Handelsverkehr dieser Kolonie mit der benachbarten Union ist besonders wegen der billigen Transportgelegenheiten auf den grossen Seen ein sehr reger. Dazu kommen noch mancherlei andere Momente, durch welche die Beziehungen Kanadas zum Mutterlande immer nur sehr platonische gewesen sind und die gegenseitigen Rücksichtnahmen sich immer nur auf freundnachbarliche Begrüssungen beschränkt haben, ohne doch jemals zu einer engeren Fühlung zu führen.

Erst vor ganz kurzer Zeit hat bei einem Jahresdiner des kanadischen Klubs in New York der Richter Longley aus Halifax in Neu-Schottland in einer Tischrede geradezu erklärt, dass die jetzigen Beziehungen zwischen Kanada und Grossbritannien früher oder später ein Ende erreichen müssten. „Kanada", sagte Mr. Longley, „wird nicht immer eine Kolonie sein, wie es jetzt ist. Es sehnt sich danach unabhängig zu sein und seine eigenen Angelegenheiten ohne Berufung an eine über ihm stehende Macht zu regeln. Es verlangt nach wirklicher Unabhängigkeit. Es hat keinerlei Verlangen, sich den Vereinigten Staaten anzuschliessen. Wäre das auch für uns politisch vorteilhaft, so wäre es doch der Tod unsrer politischen Ideale, denn Kanada muss seinen eigenen Platz unter den Nationen der Erde einnehmen. Es wird dann ein Bündnis mit dem Mutterland schliessen und mit ihm zusammenwirken für die Ausbreitung der Freiheit und angelsächsischer Einrichtungen auf der Erde."

In dieser Rede spiegeln sich die Ansicht und die Hoffnungen eines grossen Teiles der Bevölkerung von Kanada, und man erkennt auch aus den Worten des Redners, dass ein Zusammengehen Kanadas mit der Union den meisten

vorteilhafter erscheint, als das jetzige Verhältnis zum Mutterland. Kanada darf es zunächst auch gar nicht mit der Union verderben, denn während fünf Monaten kann es seine eigenen Häfen der Vereisung wegen gar nicht benutzen, und zwar sind das diejenigen Monate, in die der Hauptexport Kanadas fällt, da es zurzeit noch hauptsächlich landwirtschaftliche Produkte exportiert. In diesen fünf Monaten muss es also über die Häfen der Union exportieren. Legt nun die Union der kanadischen Ausfuhr irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg, so ist das ganze Erwerbsleben Kanadas lahm gelegt. In Kanada ist ferner unter allen englischen Kolonien das englische Element am schwächsten vertreten. Im Osten überwiegen die alten französischen Familien und ihr Einfluss zeigt sich unter anderem auch darin, dass aller Handel Kanadas nach Europa, auch sein Handel nach England, durch französische Exportfirmen geht, dass sehr wenig englisches Kapital in Kanada investiert ist, dass enge, alt überlieferte Handelsbeziehungen zwischen englischen und kanadischen Firmen kaum sich finden, im Westen überwiegt das unionistische Element. Der Westen ist erst in neuester Zeit dichter besiedelt worden, und zwar fast ausschliesslich durch Einwanderer aus der Union. Kanadas Beziehungen zum Mutterland sind also sehr gering, während alles oder fast alles es auf einen engen Anschluss an die Union hinweist.

Etwas vorteilhafter liegen die Verhältnisse in Australien für den Chamberlain-Balfourschen Reformplan. Hier überwiegt bei weitem das englische Element. Wenn nämlich Australien auch eine alte holländische Kolonie ist, so war es doch zur holländischen Zeit noch ausserordentlich dünn besiedelt und waren nur sehr schwache wirtschaftliche Beziehungen zum Mutterlande angeknüpft worden, die es den Engländern leicht gelang, wieder zu zerreissen, so dass hier auch alle Erinnerung an die einstige Verbindung mit Holland erloschen ist und die Handelsbeziehungen Australiens zu den Niederlanden ganz minimale sind. Vielmehr geht der

australische Handel fast ausschliesslich durch englische Hände und der Haupterwerbszweig Australiens, die Schafzucht, und daneben noch etwas der Getreidebau, der aber sehr geringe Ueberschüsse abwirft, liegt in den Händen englischer Familien, die engste familiäre und wirtschaftliche Beziehungen zum Mutterlande haben und darum ihre Erzeugnisse auch ausschliesslich in England absetzen. Und doch scheinen auch schon hier die Keime einer Entfremdung zum Mutterland vorhanden zu sein. Seine Reichspolitik zwingt England die Freundschaft mit Japan auf, die aber durchaus nicht im Interesse Australiens liegt. Dadurch kann Australien zur Annäherung an die Union gezwungen werden, wie wir dies schon bei Kanada sahen. Australien möchte also wohl noch für den Chamberlain-Balfourschen Plan zu haben sein, wenn auch seine Geneigtheit dafür nicht ausser allem Zweifel steht.

Misslicher sind die Voraussetzungen dafür schon in dem englischen Afrika. Dieses ist, ähnlich wie die nordamerikanische Union, ein Land, das zu einer gegenseitigen Ergänzung seiner Teile so recht geschaffen ist, für das also der Wunsch nach äusserer Abgeschlossenheit und eigener Handelspolitik so recht naheliegend ist. Seine Bevölkerung ist also für die Chamberlain-Balfourschen Ideen sehr wenig zu erwärmen, noch weniger aber, seitdem einerseits durch die Einverleibung des Oranje- und des Transvaalfreistaats das Afrikanderelement sehr gestärkt worden ist und seitdem andererseits durch die doktrinäre Arbeiterpolitik des Mutterlandes selbst das englische Element in Südafrika gegen die heimische Regierung aufgebracht ist. In Kanada und Südafrika wird also der Chamberlain-Balfoursche Plan sehr wenig Unterstützung finden, in Australien keine ganz ungeteilte. Nach alledem ist wenig Hoffnung vorhanden, dass die selbständigen Kolonien Englands, sobald man nur einmal erst an die Ausführung des Chamberlain-Balfourschen Planes in seinen Einzelheiten geht, bei diesem werden festgehalten werden können, und

dass bei seiner Ausarbeitung nicht gerade erst der wirtschaftliche Gegensatz zwischen den Interessen der Kolonien und des Mutterlandes scharf zu Tage tritt, so dass die diesbezüglichen Konferenzen eher entfremdend als annähernd wirken könnten.

Kann eine konservative englische Regierung nun aber nur mit den abhängigen Kolonien ein fester geschmiedetes Kolonialreich bilden oder, wenn wir die Frage gleich enger und präziser fassen wollen, kann England zwischen sich und diesen Kolonien Zollfreiheit einführen, diese Kolonien und sich selbst aber mit einem Zollgürtel umgeben? Auf landwirtschaftlichem Gebiete schwerlich, denn alle diese Kolonien zusammen, auch das grosse Indien nicht, möchten genügen, den Getreideausfall zu decken, wenn England den ernstlichen Versuch machen sollte, durch eine Schutzzollpolitik sich von dem Auslande in der Getreideversorgung unabhängig zu machen; denn alle diese Kolonien erzeugen nur sehr wenig Getreide über ihren eigenen Bedarf, auch nicht das zwar grosse, aber auch sehr dichtbevölkerte Indien. So wie aber diese Gebiete einerseits Englands Bedarf an Lebensmitteln nicht zu decken vermöchten, so können sie andererseits auch als Abnehmer seiner Industrieprodukte zu wenig in Betracht kommen, da die grosse Masse der Bevölkerung in diesen Kolonien zu wenig anspruchsvoll und zu arm ist, um die grosse englische Industrie beschäftigen zu können. Ein in sich abgeschlossenes und darum zur Schutzzollpolitik geeignetes Wirtschaftsgebiet zu bilden, wäre England mit seinen abhängigen Kolonien nicht in der Lage. Darum muss man auch nach dieser Richtung hin zu dem Ergebnis gelangen, dass es für England zwar ein dringendes wirtschaftliches Bedürfnis wäre, zusammen mit seinen Kolonien zu einer gemeinschaftlichen Schutzzollpolitik überzugehen, dass aber die wirtschaftlichen Verhältnisse in dem grossen englischen Kolonialreich und im Mutterland derart verfahrene sind, dass

der Chamberlain-Balfoursche Plan kaum irgendeine Aussicht auf Verwirklichung haben dürfte. Wenn die englische Regierung in irgendeiner Weise an eine Schutzzollpolitik denken könnte, wäre es nur noch eine sehr vorsichtige und sehr gemässigte industrielle Schutzzollpolitik ohne irgendwelche Rücksicht auf irgendwelche Kolonien nur mit genauer Abwägung der Interessen des Mutterlandes selbst, denn für seine Getreideversorgung können seine Kolonien wenig tun und Abnehmer seiner Industrieprodukte wollen sie einesteils und können sie andernteils nicht sein. Englands Verhältnisse zu seinen Kolonien würden durch eine Aenderung in seiner Zollpolitik in nichts geändert werden. Nach wie vor würden sie ihm in erster Linie Kaffee, Tee, Zucker, Baumwolle, Wolle und Fleisch liefern und dafür, soweit es in ihren Kräften steht, Abnehmer für einen nur mässigen Teil seiner Industrieprodukte sein.

Aber abgesehen davon, dass eine Aenderung in der Zollpolitik Englands nichts oder fast nichts in seinem Verhältnis zu seinen Kolonien ändern würde, fragt es sich auch noch, ob der Chamberlain-Balfoursche Plan nicht auch auf sehr grosse diplomatische Schwierigkeiten stossen würde. Bewilligen England und seine Kolonien sich gegenseitig Vorzugszölle, so müssen sie erst die übrigen Nationen, die mit England Handelsverträge abgeschlossen haben, in denen die Meistbegünstigungsklausel enthalten ist, davon überzeugen, dass diese gegenseitigen Vorzugszölle nur eine innere Angelegenheit des britischen Kolonialreichs seien und für sie kein Recht begründeten, auf Grund der Meistbegünstigungsklausel dieselben Vergünstigungen zu beanspruchen. Soviel über die Frage der Durchführbarkeit des Chamberlain-Balfourschen Reformplanes.

Ueberlegt man sich nun, welchen Einfluss die von England neuerdings eingeschlagene Schutzzollpolitik auf den Weltmarkt und die Wirtschaftspolitik der anderen Staaten

haben wird, so ist eins klar, die am lebhaftesten interessierten sind Amerika und Deutschland, Englands grösste und ebenbürtige Konkurrenten auf wirtschaftlichem Gebiet, die bisher auch in allen möglichen Waren, sowohl in den Kolonien als auch in England selbst, ein grosses Absatzgebiet besassen.

Amerika befindet sich freilich in diesem Fall in einer besseren Lage als Deutschland, denn fast alle europäischen Staaten, wohl mit einziger Ausnahme von Russland, werden wohl immer auf das amerikanische Getreide angewiesen sein, während Amerika an sich gross und reich genug ist, um ohne dauernde Nachteile zu bleiben, zumal die meisten europäischen Staaten durch Anleihen, Kapital, welches die Amerikaner ihnen geborgt oder in ihren Industrien investiert haben, Schuldner Amerikas sind.

Anders aber wie mit Amerika steht es mit unserm Vaterland. Dieses ist darauf angewiesen, sich für den ihm entzogenen Teil des Marktes Ersatz zu suchen oder auf Grund billigerer Produktion und besserer Ware wie die der Konkurrenz sich das Absatzgebiet zu erhalten. Der Staat selbst hat Interesse daran und muss sich bemühen, das Exportgeschäft systematisch zu fördern. Dazu gehört eine durchgreifende Propaganda für die heimischen Waren und eine zielbewusste, einheitliche Politik, welche für die Beeinträchtigung und Erschwerung des Exportgeschäftes Kompensationen schafft. Es würde hier zu weit führen und gehört auch nicht in den Rahmen der vorliegenden Abhandlung, einen Vergleich zu ziehen zwischen den Anstrengungen, die England schon gemacht hat und auch jetzt noch macht, um immer mehr Fühlung mit den neu zu erobernden Handelsplätzen zu gewinnen, und denen Deutschlands. Dieses müsste sich in dieser Beziehung ein Beispiel an Grossbritannien nehmen und lernen, sonst kann es leicht von seiner Weltmachtstellung in wirtschaftlicher Beziehung verdrängt werden. Jedenfalls würde der Uebergang Englands von der Freihandelspolitik zur Schutzzollpolitik insofern auf die anderen

Staaten Einfluss ausüben, als sie sich mit einem immer höheren und stärkeren Schutzzoll umgeben würden, um sich wenigstens die heimischen Märkte zu sichern, die dazu berufen sind, eine immer grössere und wichtigere Rolle im Wirtschaftsleben der Nationen zu spielen.